

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 57 Amt Dönhoff 202 bis 207
Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des reaktionären Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Alarmruf zum Kampf!

Breitscheid gegen Papens Drohungen — Die Umtriebe des Exkronprinzen

Die Spandauer Sozialdemokraten eröffneten den Wahlkampf mit einer machtvollen Freiheitskundgebung in der Jubiläumshalle. Die kurz nach Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossene Versammlung wurde zu einem glühenden Bekenntnis der Spandauer Arbeiterschaft für Republik und Arbeiterrechte.

Rudolf Breitscheid erteilte in der Versammlung Herrn Papen die Antwort der Sozialdemokratie auf die Münchener Rede, die eine Enthüllung der Pläne der Gegenrevolution gebracht hat. Der begeistert aufgenommene Rede Breitscheids voran gingen Worte des Spandauer Kreisleiters Adolf Guth, in denen die tiefe Erregung zum Ausdruck kam, die die Drohungen des Reichskanzlers bei den Massen der Arbeiter und Angestellten ausgelöst haben.

Nachdem Breitscheid die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig besprochen und unter der Zustimmung der Versammlung die Reichsregierung noch einmal gefragt hatte, wann endlich das sozialdemokratische Volksbegehren eingeleitet werde, kam er unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Enthüllungen des „Vormwärts“ über die Umtriebe des Exkronprinzen und die Münchener Rede Papens zu sprechen. Die Regierung habe, so erklärte er, die vom „Vormwärts“ gemachten Enthüllungen zwar sehr scharf demütiert.

Aber zunächst solle sich doch einmal die kaiserliche Hoheit melden. Der „Vormwärts“ habe sich bereiterklärt, die Behauptungen unter Beweis zu stellen. Breitscheid fuhr fort: „Ich bin persönlich sehr gut in der Lage, diese Behauptungen nachdrücklich unterstufen zu können!“

In der Rede des Mannes, den ein unglücklicher Zufall zum Reichskanzler Deutschlands gemacht habe, heißt es, es solle eine überparteiliche Staatsregierung geschaffen werden. Die Regierung solle also losgelöst sein von dem Willen des Volkes. Damit wäre der Grundgedanke der Weimarer Verfassung erledigt. Es wäre viel mutiger von Herrn von Papen gewesen, wenn er in München offen das Ende der parlamentarischen Demokratie verkündet hätte! Nach den Wünschen der Reaktionsäre droht dem Volk ein Wahnsinn, das die Entrechtung des arbeitenden Volkes, wie es das Dreiklassenwahlrecht vorsah, wiederbringen würde. So steht die Rückkehr zu den herrlichen Zeiten des alten Reiches aus! Die Macht der Bureaucratie in Deutschland und ihre Führung durch den Adel soll wieder erreicht werden. Entrechtung des Volkes auf dem Wege einer sogenannten Verfassungsänderung ist das Ziel.

Breitscheid fragte in seiner Rede, was nach dem Zusammentritt des neugewählten Reichstages geschehen werde, wenn auch der neue Reichstag, wie es vorauszu sehen ist, nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Pläne des Herrn Papen stellt. Er sagt dazu:

Wir wissen, daß Kräfte am Werke sind, die die Verfassung nicht auf dem Wege des Parlamentes, sondern durch einen Staatsstreich zu ändern entschlossen sind. Das größte Hindernis stellt sich ihnen in der Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg entgegen. Ich bin nach wie vor der Ueberzeugung, daß Herr von Hindenburg sich diesen Plänen, deren Verwirklichung einen offenen Verfassungsbruch darstellen würde, energisch entgegenstemmen wird.

Der Redner verglich unsere heutige Situation mit jenen Ereignissen in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als man Friedrich Wilhelm IV. jene Verfassung abgetrotzt hatte, die von der Reaktion scharf bekämpft wurde. Damals habe der General Leopold von Gerlach das Wort von dem Geistlichen in sein Tagebuch geschrieben, der dem König klargemacht hätte, daß

der Eid nicht Gott, sondern nur Menschen geleistet worden sei. Auch jetzt seien vielleicht verschiedene Leute auf der Suche nach einem solchen Geistlichen. Wenn Hindenburg eines Tages erklären wird, ich mache nicht mehr mit, liegt der Weg frei für den Reichsverweser!

Wir bleiben dabei, daß der Exkronprinz selber dann die Zeit gekommen sieht, die verbrecherischen Absichten zu verwirklichen, die der „Vormwärts“ enthüllt hat. Diese Gefahr besteht allerdings, wenn sich das Volk nicht mit ganz anderen Kräften als bisher zur Wehr stellt.

Bei der Behandlung der Frage, wie es zu der augenblicklichen Situation gekommen ist, wies Breitscheid nach, wie groß die Schuld der Nationalsozialisten und Kommunisten ist, die so lange gearbeitet haben, bis die Brücke der Demokratie immer brüchiger geworden ist. Sie tragen die Schuld, daß Herr von Papen das Volk heute so herausfordern kann! Schuld an den wirtschaftlichen Verhältnissen trägt das Verlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der Sozialismus darf nicht mehr die ferne Hoffnung sein. Der Sozialismus ist Tagesfrage. Ist Tagesaufgabe! Der Redner schloß mit der begeistert aufgenommenen Aufforderung, die

Gedanken der Demokratie und der Freiheit noch weit stärker als bisher zu verteidigen.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Guth sang die Versammlung in machtvollen Freiheitsrufen der Tausende aus. Der Alarmruf des „Vormwärts“; Republikaner, verteidigt die Republik! hat schon gestern ein zehntausendfaches Echo gefunden!

Papen bei Rupprecht

Sind das die Männer, die Geschichte machen?

Der Reichskanzler der Deutschen Republik, Herr von Papen, machte gestern in München beim bayerischen Exkronprinzen Rupprecht seinen Besuch. Vermutlich überbrachte er Grüße des preussischen Exkronprinzen, mit dem er ja intim befreundet ist.

Nach einem Teebesuch im Automobilklub fuhr er in den Akademisch-Politischen Klub, wo er noch einmal redete. Er entwickelte in dieser standesgemäßen Gesellschaft noch einmal seine feudalen Ideen von konservativer Staatsführung und schloß mit Treitschke: „Männer machen die Geschichte.“

Ja, manchmal merkt man es ihr auch deutlich an, was für Leute an ihr herumgepuscht haben!

Noch Straßenkämpfe in Belfast

Ungenügende Unterstützungssätze als Ursache

Eigener Bericht des „Vormwärts“

London, 12. Oktober.

Die heftigen Arbeitslosenunruhen in Belfast, die am Dienstag einen Toten — einen unbeteiligten Zuschauer — sowie zahlreiche Verletzte und Verhaftungen zur Folge hatten, nahmen am Mittwoch ihren Fortgang. Wieder versuchten die Demonstranten Barrikaden zu errichten, wieder wurde die Polizei mit einem Hagel von Steinen empfangen, wieder fielen Schüsse und wieder wurden in der Nacht zum Mittwoch die Straßen für den Verkehr gesperrt.

Nazis gegen Polizei

Schwere Ausschreitungen in Altona

Eigener Bericht des „Vormwärts“

Hamburg, 12. Oktober.

Im inneren Stadtgebiet von Altona kam es zwischen größeren Abteilungen uniformierter SA und der Polizei zu großen Auseinandersetzungen. Die SA-Leute, die in einzelnen Arbeiterstraßen politische Terrorakte verüben wollten, empfingen die einschreitenden Polizeistreifen mit Pistolen- und Revolverfeuer, rissen das Straßenpflaster auf und eröffneten ein Steinbombardement. Nach größeren Abperrungsmaßnahmen konnte die Polizei 37 an den Unruhen beteiligte Nationalsozialisten verhaften. Sie wurden dem Gericht zugeführt. Da sich die verhafteten Nationalsozialisten vorher ihrer Waffen entledigt hatten, fand man in den Straßen zahlreiche geladene Revolver, Jaunsaffen, Stöcke und zahlreiche Wurfgeschosse.

Im Anschluß an diese Ausschreitungen wurden sieben SA-Leute dabei betroffen, als sie in einigen Geschäften in der Göbenstraße, darunter in dem Verkaufsladen der Konsumgenossenschaft „Produktion“ die Fensterscheiben zertrümmerten. Die Polizei, die die Verfolgung der Täter aufnahm, konnte einen verhaften und dem Gericht zuführen.

Nur auf die kühnliche Bereitschaft der Polizei in Stärke von 3000 Mann ist es zurückzuführen, daß den Zusammenstößen nicht Plünderungen von Läden folgten. Unter den Revolvern der Polizei wurden die Demonstranten gezwungen, die aufgerissenen Straßen wieder auszubessern.

Am Mittwoch begannen Besprechungen mit dem Ziel, den Grund für die Unzufriedenheit zu beseitigen, die zu den geschickerten, für Großbritannien äußerst ungemöhnlichen Auswüchsen führte. Ist die Erbitterung besonders über den Bedürftigkeitsnachweis der Arbeitslosen auch in England weitverbreitet, so bestehen doch in Nordirland besondere Gründe für die Unzufriedenheit, da die dortigen Unterstützungssätze unter den in England gezahlten liegen. In den Protestkundgebungen, deren Verhinderung durch die Polizei die Straßenkämpfe vom Dienstag und Mittwoch zur Folge hatten, verlangten die Arbeitslosen nicht mehr als die Gleichstellung mit England. Die Notstandsarbeiten, mit denen die Stadtbehörde Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben, beschäftigt werden mit 8 Schilling (etwa 6 Mark) pro Tag bezahlt bei einer durchschnittlichen Arbeitsdauer von 2½ Tagen pro Woche. Ein Arbeiter, der aus anderer Quelle 10 Schilling bezieht, darf nur einen Tag arbeiten, so daß sein Einkommen nur 18 Schilling pro Woche beträgt. Die Armenunterstützung beträgt pro Kopf 4 Schilling mit einem Maximum von 24 Schilling für eine Familie.

Konterrevolution!

Organisiert den Widerstand!

Herr v. Papen ist gegen den Vorwurf des Verfassungsbruchs sehr empfindlich. Er läßt die Zeitungen verbieten, in denen ein solcher Vorwurf gegen ihn erhoben wird. Alle seine Taten aber und alle seine Reden zwingen immer wieder zu Betrachtungen darüber, was von der Verfassungstreue dieses Beauftragten Hindenburgs zu halten ist.

Herr v. Papen hat in München die völlige Verschlagung der Verfassung angekündigt. Er hat der Volkssouveränität das konservative Gottesgnadentum entgegengestellt. Der Volksvertretung soll eine Kammer des Besitzes beigeordnet werden. Was ihr überhaupt an Rechten bleiben soll, ist fraglich. Auf dem Wege über die „Verfassungsautonomie“ der Länder soll die Verpflichtung der Einzelländer, Republikan mit gleichem Wahlrecht zu sein, beseitigt werden; damit wird der Monarchie und dem Klassenwahlrecht das Tor zur Rückkehr geöffnet.

Das ist das Programm eines Mannes, der auch nicht den Grundgedanken der Verfassung von Weimar anerkennt, der ihm vielmehr als Todfeind gegenübersteht. Wie man mit einer solchen Gesinnung den Eid auf die Verfassung von Weimar leisten kann, ist ein psychologisches Rätsel.

Immerhin kann der Reichskanzler sagen, der Artikel 76 eröffne die Möglichkeit zu Änderungen der Verfassung, und er wolle nichts weiter als von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen. Sein Eid auf die Verfassung hindere ihn nicht, Änderungen auf verfassungsmäßigem Wege vorzubereiten.

Eine solche Erklärung wäre formalrechtlich richtig. Aber der Reichskanzler hat sie bisher niemals abgegeben. Es bleibt sein Geheimnis, wie er eine Verfassungsreform durchführen will, für die er keine Zweidrittelmehrheit im Reichstag und keine absolute Mehrheit im Volke finden wird.

Nach Artikel 76 kann die Verfassung geändert werden entweder durch Zweidrittelbeschluß des Reichstags oder durch Volksabstimmung, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Volksgenossen für die Änderung stimmt. Ist Herr v. Papen ein solcher Illusionist zu glauben, er könnte für seine konterrevolutionären Pläne eine verfassungsändernde Mehrheit im Reichstag oder im Volke selbst gewinnen? Weder seine Reden, noch die Kommentare zu ihnen lassen diesen Schluß zu. Um so mehr gibt es zu denken, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Rede des Reichskanzlers folgendermaßen erläutert:

Bemerkenswert... ist sein Hinweis auf die Bewährungsprobe, vor die damit der Reichstag gestellt wird, ein Hinweis, aus dem, wer will, herauslesen kann, daß es sich um eine letzte derartige Probe handelt. Nicht minder bemerkenswert im gleichen Rahmen ist, wie der Kanzler der Öffentlichkeit den Verfassungseid des Reichspräsidenten in seiner höheren und umfassenderen Bedeutung als der des druckgeschwärtzten Buchstaben nahebringen sucht.

Die Bedeutung des Verfassungseides des

Allgemeine Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen, sowie Reichsbannerkameraden, Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich am Sonnabend, dem 15. Oktober von den bekannten Stellen aus. Der Bezirksvorstand.

Reichspräsidenten besteht also nach der „Deutschen Tageszeitung“ darin, daß er nicht gehalten zu werden braucht. Genau in derselben Weise argumentierte die „Kreuz-Zeitung“, als sie den König Friedrich Wilhelm IV. zum Bruch seines Eides auf die Verfassung von 1848 zu verleiten suchte.

Das alles sieht so aus, als ob Beunruhigung und Herausforderung geradezu beabsichtigt wären. Dazu kommt der überhebliche Ton der Reichskanzlerrede mit ihren starken polemischen Ausschreitungen. Was soll man dazu sagen, daß ein Kanzler — wenn's erlaubt ist zu sagen — der Republik im Jahre 1932 alle diejenigen, die sich in bestimmten Fragen nicht hinter die Regierung stellen als „Feinde des Volkes“ bezeichnet? Mag dieser Schimpf auch einen tragikomischen Beigeschmack haben, weil er in erster Linie auf die Nazis gemünzt ist, so fordert es doch den allgemeinen Protest heraus. Eine Regierung, die gegen Ausschreitungen im öffentlichen Leben mit schärfsten Strafen vorgeht, muß selber ein Vorbild guter Sitten sein. Oder soll es wieder werden wie unter Wilhelm II., der selber wie ein Rohrspatz schimpfte, jede gerade Antwort darauf aber als Majestätsbeleidigung bestrafen ließ?

Wenn aber jetzt alles den Krebsgang geht, alle politischen und sozialen Volksrechte gefährdet sind, so soll man nicht vergessen, daß die regierende Reaktion nur erntet, was von Nazis und Kommunisten gesät worden ist. Die einen haben ihrem Dritten Reich zuliebe, die andern für ihr Sowjetdeutschland die Republik von Weimar bespien, verächtlich gemacht und heruntergerissen. Aber während das Dritte Reich und Sowjetdeutschland immer weiter im Nebel verschwinden, tritt das zweite Reich, das der Kaiser, Könige und Barone, gegen die Republik von Weimar an zum Kampf auf Leben und Tod.

Wer die Wiederkehr von Potsdam verhindern will, muß für Weimar kämpfen! Wer gegen Weimar kämpft, wie es die Nazis und die Kommunisten tun, der kämpft in Wirklichkeit für Potsdam. Die drohende Gefahr des Faschismus und der sozialen Reaktion ist die unmittelbare Folge der Verirrungen, denen sich große Teile des deutschen Volkes bei den letzten Wahlen hingegeben haben.

Das ist die große Lehre für den 6. November: Nur der kämpft gegen die Konterrevolution, der für die Sozialdemokratie kämpft!

Der Fall Röhm

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Magdeburg, 12. Oktober.

In Magdeburg fand gestern Abend im „Hofjäger“, einem der größten Säle der Stadt, eine überfüllte öffentliche Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, in welcher Major a. D. Mayr über das Thema sprach: „Röhms Flucht über das Reichsbanner“. Der Redner nagelte die Unverschämtheit fest, mit der Röhm die Unterredung und deren Inhalt bestreiten will. Er teilte den Wortlaut einer Ausspracheerklärung des Vertrauensmannes Röhms, Herrn Bell, mit, der an die Reichsleitung der NSDAP. schreibt, daß er stets nur im Auftrage Röhms und nur nach Röhms Weisungen gehandelt habe. Mayr gab dann eine eingehende Darstellung des Gesprächs mit Röhm, dabei die im Münchener Prozeß abgegebenen eidlichen Erklärungen durch bezeichnende Einzelheiten ergänzend. Seine Mitteilungen über die moralische Verdumpfung im Braunen Hause, über die ständige Bekommenheit und politische Verwilderung in maßgebenden Führungskreisen machten auf die in beträchtlicher Anzahl anwesenden Kreise des Bürgertums, die gesinnungsgemäß den Nationalsozialisten nahestehe, starken Eindruck.

Zu gleicher Zeit fand in Magdeburg eine nationalsozialistische Versammlung statt, in der Rube bezeichnenderweise nicht mit einem einzigen Wort auf die Röhm-Affäre einging, sondern sich mit einer drastischen Polemik gegen die Deutschnationalen begnügte.

Weibliche Angestellte

die den „Vorwärts“ noch nicht abonniert und den jetzt erscheinenden Roman „Gilgi, eine von uns“ noch nicht gelesen haben, sollten schleunigst das Versäumte nachholen und an dem

Preisaußschreiben des „Vorwärts“

teilnehmen. RM 350.— Bargeld und wertvolle Preise sind ausgesetzt. Die Bedingungen des Preisaußschreibens sind in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Die Reichsregierung lehnt es ab...

Hohnsüßigkeit des Reichsvertreters gegen die Länder

Eigener Bericht des „Vorwärts“

F. Kl. Leipzig, 12. Oktober.

Die ganze gelehrte Auseinandersetzung dreht sich immer wieder um die sogenannten Vor-aussetzungen, unter denen die Bestimmung des Art. 48 Abs. 1 angewendet werden kann. Eine Frage des Vorsitzenden beantwortete der Reichsvertreter dahin, die Reichsregierung erblicke als objektive Pflichtverletzung des Landes Preußen die innerliche Unfreiheit der Preußenregierung gegenüber den Kommunisten. Zum Beweis für diese innere Unfreiheit zitierte Gotthelmer wieder einige Seevering-Aussagen, die auf Grund nachträglicher Beamtenernennungen erst in die Akten gekommen sind. Eine große Rolle spielt auch eine Wahlrede Seperings in Berlin, die etwa mit den Worten schloß: „Tut am 31. Juli bei der Reichstagswahl eure Pflicht. Sorgt dafür, daß die Regierung Papen zum Teufel gejagt wird.“ Diese Aufforderung zur Wahl im Sinne einer demokratischen Beeinflussung der Reichspolitik wird jetzt künstlich als eine Art Auf-forderung zur gewaltsamen Entfremdung der Prä-sidialregierung umgedeutet.

Das ist sehr gesucht und gehört in das Gebiet der deutschnationalen Wahlfabeln. Aber es wird doch immer wieder vorgetragen, um zu beweisen, daß die Regierung Papen durch Militäraufgebot die preußische Regierung entfernen mußte, bevor etwa die deutschen Wähler durch Stimmzettelaufgebot der Papen-Regierung den Boden entziehen würden. Aus solcher Beweisführung ergibt sich immer deutlicher, daß juristische Gründe nur nachträglich gesucht werden, um einen politischen Gewaltakt formal zu verteidigen.

Auf einen geradezu in die Augen springenden Widerspruch ähnlicher Art wies heute Ministerialdirektor Brecht mit überlegenem Humor hin: die gleiche Reichsregierung, die durch ihren Innenminister Gahl erzählten läßt, Seevering habe die Einsetzung des Reichskommissars geradezu gefordert und auf ihre Beistimmung gedrängt, dieselbe Reichsregierung behauptet, sie hätte mit Gewalt gegen diesen gleichen Seevering vorgehen müssen, um seinen Widerstand zu brechen!

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung erklärte Herr Gotthelmer, augenscheinlich auf besondere Instruktion aus Berlin, daß er es ablehne, Erklärungen über später mögliche Fälle der Anwendung des Artikels 48 abzugeben. Die Regierung könne sich nur an die Tatsachen halten, die zum Gegenstand der Klage geworden seien. „Die Reichsregierung lehnt es ab“ — das ist fast jedes dritte Wort dieses Prozeß-vertreters in einer weltgeschichtlichen Situation.

Mit Recht protestierte der bayerische Vertreter Jan dagegen, daß die bayerische Regierung und ihre Klagevertretung durch den Reichsvertreter gewissermaßen als Laub behandelt werde. Für Bayern handele es sich um grundsätzliche Fragen, die sich nicht nur auf die Vorgänge in Preußen beziehen, auch wenn sie von ihnen ausgelöst wurden.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes benutzte die Gelegenheit festzustellen, daß er keine Möglichkeiten prozessualer Art habe, Erklärungen von der einen oder anderen Seite zu erzwingen. In einem Fall, wo die Regierungen des Reiches und der größten Länder als Parteien vor Gericht erscheinen, könne der Vorsitzende selbstverständlich keine Art von Zensur gegen sie ausüben. Er könne nur bitten und seine Gründe darlegen, die für diese oder jene Maßnahme sprechen, aber einen irgendwie gearteten Zwang könne er nicht anwenden. Er bitte aber, um den Prozeß wenigstens noch in dieser Woche zu bewältigen, um Selbstbeschränkung aller Beteiligten.

Man trat darauf in die Erörterung der Frage ein, welche Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 angewandt werden können und dürfen, wenn die an dem Tage vorher ausgiebig besprochenen Voraussetzungen dafür vorliegen. Der Vertreter Preußens legte in betonter Schärfe dar, daß es niemals zulässig sei, selbst eine widerpenstige Staatsregierung dauernd durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Die Aufgabe der Reichsregierung könne aber nur sein, ein widerpenstiges Land zur Pflichtenfüllung anzuhalten nicht aber seine Regierung zu beseitigen. Schon bei der Reichsregierung in Sachsen 1923 war es das Bestreben des damaligen Reichskanzlers Stresemann,

so schnell als möglich eine neue verfassungsmäßige Regierung einsetzen zu lassen, die an die Stelle des abgesetzten Ministeriums treten sollte. Deshalb wurde die damalige Verordnung über die Reichsregierung binnen weniger Tage wieder aufgehoben. Der Reichskommissar oder der mit der vollziehenden Gewalt betraute Militärbefehlshaber könne eine Landesregierung niemals bilden, so wenig wie er einen Landtag bilden könne, der verfassungsmäßig sei. Es bestehe zwar die Möglichkeit, daß er, um eine Mehrheit zu gewinnen einige Soldaten in den Landtag oder gar in den Reichsrat kommandiere. Diese könnten sogar für ihn den Finger aufheben — aber, sie würden niemals Abgeordnete oder Reichsratsvertreter sein. Ihre Stimmen würden nicht gezählt werden können. Das Recht des Landes, sich selbst zu regieren und an der Verwaltung des Reiches im Reichsrat teilzu-

nehmen, könne durch das Reich auch nicht durch Artikel 48 beseitigt werden.

Im wesentlichen wurden die Ansichten Preußens von den Vertretern Bayerns und Badens voll zu eigen gemacht und die vom Präsidenten Bunte in Frageform konstruierten irrealen Konfliktfälle leicht abgetan.

Schließlich machte Professor Heller in einer packenden Rede darauf aufmerksam, daß die Konfliktfragen, die hier erörtert werden, weder im Norddeutschen Bunde, noch im alten Reich, noch in Amerika, noch auch in der jahrhundertelangen Praxis in der Schweiz jemals akut geworden seien. Dort habe eben immer das Bestreben bestanden, auftauchende Konfliktfragen schleunigst zu beseitigen. Das unterscheidet diese Vergangenheit von dem gegenwärtigen Fall, wo augenscheinlich die gegenteiligen Bestrebungen vorherrschend seien!

Severing läßt nicht locker!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

F. Kl. Leipzig, 12. Oktober.

In der heutigen Fortsetzung des Prozesses gab der Vertreter Preußens die folgende Erklärung ab gegenüber der telegraphischen Mitteilung des Reichsinnenministers v. Gahl:

„In einer von dem Reichsinnenminister Freiherrn v. Gahl gewünschten Besprechung, die etwa Mitte Juni in meinem Amtszimmer im preußischen Ministerium des Innern stattfand, bat mich Herr v. Gahl, eine Wiederverwendung eines von ihm aus politischen Gründen zur Disposition gestellten Ministerialdirektors im preußischen Staatsdienst ins Auge zu fassen. Ich entgegnete ihm, daß bei dem Diensttrange eines solchen Beamten eine Verwendung als Oberpräsident in Frage käme. Ob es über geraten sei, im Augenblick einen Wechsel in der obersten Vertretung einer Provinz vorzunehmen, das sei abhängig von der Frage, ob in der nächsten Zeit organisatorische Veränderungen in der Verwaltung durchgeführt würden. Mich interessiere es deswegen sehr, die Absichten des Reichsministers des Innern zur Reichsverwaltungsreform zu erfahren.“

So entspann sich eine längere Unterhaltung über Fragen der Verwaltungsreform, in deren Verlauf ich Freiherrn v. Gahl nicht nur über die Vorlagen des Innenministers unterrichtete, sondern ihm auch über meine Absichten zu ihrer zeitlichen Ausführung, offen Auskunft gab. Freiherr v. Gahl stimmte ausdrücklich zu, als ich der Meinung Ausdruck gab, daß es unzumutbar wäre, die Vorlagen vor den Reichstagswahlen durchzuführen, weil es eine alte Erfahrung sei, daß Veränderungen der unteren Verwaltungsgebiete zu Verstimnungen und Erregungen führen, die man nicht ohne Not in Wahlzeiten führen sollte.

Auf diese Weise dehnten sich nach meiner Erinnerung die Erörterungen auf polizeiliche Fragen und damit auch auf die Gerüchte über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen aus. Wir besprachen die Unruhen der vorausgegangenen Tage, insbesondere gewisse Vorgänge im Westen, und ich sprach die Überzeugung aus, daß es der Polizei gelingen werde, der Unruhe Herr zu werden. Jedenfalls sei die Polizei trotz aller Zerfetzungs-

versuche fest in der Hand der Regierung. Auf meine Frage, ob die Reichsregierung wirklich die Einsetzung eines Reichskommissars plane, habe ich eine bestimmte Antwort nicht erhalten. Doch gewann ich den Eindruck, daß Herr v. Gahl die Ausführung eines solchen Planes, wenigstens im Augenblick, nicht beabsichtigte.

Darin habe ich ihn bekräftigt unter wiederholten Hinweisen auf die Organisation und Pflichttreue der Polizei, die auch noch größeren Ausschreitungen gewachsen sein würde. Die politische gesunde Lage beurteile ich so — habe ich weiter ausgeführt — daß die Wahl des 31. Juli einen nicht arbeitsfähigen Reichstag ergeben werde. Wenn daraus größte Unruhen entstanden, dann kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß das Reich zu ihrer wirksamen Abwehr die eigenen Nachmittel mit den Polizeikräften des größten Gliedstaates zusammenfassen würde. Das Reich habe für eine derartige Maßnahme dann eine viel günstigere psychologische Situation, als wenn es ohne rechtlichen Grund gegen Preußen vorgehe.

Ich habe diesen Ausführungen die weitere Bemerkung angefügt, daß nach meiner Meinung dann nicht die Einsetzung eines besonderen Reichskommissars, sondern eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen die zweckmäßigste Maßnahme darstelle. Mir schwebte dabei ein Plan vor, der vor einem Jahre zwischen dem Reichskanzler Brüning und dem Ministerpräsidenten Braun erörtert worden war. Bei allen diesen Ausführungen habe ich selbstverständlich nur an eine Zusammenfassung von Polizeikräften unter ein Ministerium des Reiches gedacht, nicht aber an einen Kommissar, der Minister absetzt, Beamte absetzt und Verwaltungsmaßnahmen trifft, die mit der Sicherheit, Ruhe und Ordnung nicht das Mindeste zu tun haben.

Niemals ist mir eingefallen, Herrn v. Gahl zu Exekutivmaßnahmen gegen das Land Preußen zu drängen und dazu, unter dem Vorwand der Pflichtverletzung, preußische Minister und Beamte aus ihren Ämtern zu entfernen, die in Jahren der schwersten Bedrängnis des Volkes ihre Pflicht getan haben!

Von den Pg's erschlagen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 12. Oktober.

Ein jung verheirateter Nationalsozialist, In-fasse eines nationalsozialistischen Arbeitslagers bei Quiter am Bahrenberge, war im Verlauf einer blutigen Schlägerei der Nazis unter sich derart schwer am Kopf verletzt worden, daß er jetzt im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. Der Täter wurde verhaftet. Die Nazi-partei wollte an der Beerdigung teilnehmen, um den Tod ihres Parteimitgliedes agitatorisch auszunutzen. Die Angehörigen des Erschlagenen verweigerten jedoch die Beteiligung.

Ueingelöste Versprechen

im anhaltischen Etat

Die sozialdemokratische Regierung hatte kurz vor ihrem Sturz einen neuen Etat vorgelegt, der entsprechend der finanziellen Not die Ausgaben-summe von bisher 32 auf 25 Millionen senkte. Die Nazi-regierung hat diesen Etat nicht übernommen, sie hatte im Wahlkampf große Steuererleichterungen versprochen. Sie regierte bis jetzt mit einem Notetat. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Nazi-regierung nicht nur keine Steuererleichterungen einführen könne, sondern im Gegenteil über die Einführung der Schlachtsteuer beraten mußte. Die anhaltische Friescher-Insurrektion hat sich deshalb mit einem Hilferuf an die sozialdemokratische Landtagsfraktion gewandt. Da die Nazi-regierung Angst hat, sich mit dieser

Schlachtsteuer vor den Reichstagswahlen zu belasten, hat sie eine Verlängerung ihres Notetats im Landtag gefordert. Er wurde mit den Stimmen der Nazis und Deutschnationalen angenommen. Gegen den Notetat stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und der Staatspartei. Der frühere anhaltische Ministerpräsident Benno Dofft kennzeichnete die Vorlage eines Notetats als Verfall und Schwäche der Nazi-regierung.

Verbotenes Parteiblatt. Die „Königsberger Volkszeitung“ ist auf vier Tage wegen eines Artikels „Hoher Besuch“ verboten. Es handelt sich bei dem „Hohen Besuch“ um eine Verpötlung des Zweikleralfasses.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages fordert das Erscheinen des Reichskommissars Dr. Bracht bei der Beratung eines Antrags über den Vollzug der Festungshaft. Bracht sagte sein Erscheinen für eine spätere Sitzung zu.

Der Allensteiner SA-Führer verhaftet. Nachdem bereits am Donnerstag vier SA-Beute unter dem Verdacht des Handgranatententats auf ein jüdisches Geschäftshaus verhaftet worden waren, ist jetzt auch der Sturmführer der Allensteiner SA, Hellwig, in Haft genommen worden.

Freiwilliger Arbeitsdienst. Im Ausschuß für Handel und Gewerbe des Preußischen Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der besagt: „Die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes hat dort zu unterbleiben, wo durch seine Durchführung bisher beschäftigte Arbeitskräfte brachgelegt werden.“

Duft aus braunen Häusern

Die Opposition befürchtet Ueberfälle

Das in Berlin von ehemaligen Nazis herausgegebene Blatt der Raziopposition wird den Braunen Häusern von Woche zu Woche unheimlicher. In seiner neuesten Ausgabe veröffentlicht das Oppositionsblatt im fetten Speckdruck einen Artikel gegen die vom Braunen Haus in Berlin vorbereitete Feme gegen den Hauptschriftleiter Wilhelm Klute. Ueberfalltrupps sollen bereits gegen ihn und andere Oppositionsleute organisiert sein und die Bedrohten wissen sich nicht anders zu helfen, als mit der Drohung, neues „vernichtendes Material“ zu veröffentlichen, wenn einem ihrer Leute etwas geschehe. „Wenn die Partei keine Reizung hat“, heißt es am Schlusse der Warnung, „eine zweite Affäre Röhm zu erleben, so ist es notwendig, sich zu anständigen Formen des Kampfes zurückzufinden.“

Es duftet weiter aus den Braunen Häusern!

Flucht der Pgs.

Die oppositionelle Nazizeitung in Dresden „Die Nation“, veröffentlicht am Kopf ihrer neuesten Ausgabe die Nachricht, daß bereits 123 000 Abgänge in der NSDAP zu verzeichnen sind. In der gleichen Nummer wird die Mitteilung eines früheren Razi-Landtagsabgeordneten veröffentlicht, der eingesteht, daß die Nationalsozialisten den Landtag zur Kaschemme gemacht haben.

In Weimar sind in den letzten Wochen nicht weniger als 134 Mitglieder aus der Razi-Partei ausgetreten. Diese Austrittsbewegung hält noch an. Die Ursache hierfür dürfte nicht nur in der Reichspolitik zu suchen sein, sondern vor allem in der Thüringischen Politik. Den großen Versprechungen, die die Nazis der Bevölkerung vor der Wahl gemacht haben, folgen keine Taten. Die notleidende Bevölkerung erwartet aber Taten in sozialer Beziehung, nicht nur Beförderungen von Nationalsozialisten in gut bezahlte Beamtenstellen.

Nazi-Polizeibeamte

Herr Bracht und seine Leute konnten es nicht ausstehen, daß Schutzleute sich im Reichsbanner organisieren oder sozialdemokratische Parteiarbeit verrichten. Gegenüber Nationalsozialisten scheint man nicht so empfindlich zu sein. Wenigstens verfehlt der Polizeiobersekretär Scholich in Breslau an die vertrauenswürdigsten Schutzpolizeibeamten folgende Einladung:

N. S. Beamtenarbeitsgemeinschaft

„Fachgruppe Polizei“

Breslau, den 5. 10. 32.

Zur Besprechung von Organisationsfragen unserer Arbeitsgemeinschaft findet am Freitag, dem 7. d. M., 19 Uhr, in meiner Wohnung, Goethestraße 46, eine Sitzung der Vertrauensmänner der Schutzpolizei statt, zu der Sie hiermit eingeladen werden. Sollten Sie am Erscheinen verhindert sein, so bitte ich Sie, einen Vertreter, der gestimmungsmäßig zu uns gehört, zu entsenden.

Heil Hitler!

gez. Scholich (Pol. Obersek.)

Fachschaftsleiter.

Herr Scholich scheint sich der Zustimmung hoher Beamter sicher zu fühlen, denn er benutzt nicht nur die Dienstschlüssel mit dem Dienststempel der Polizei, sondern läßt seine „Vertrauensleute“ durch das Präsidium auf dem Dienstwege einladen.

Diese Verbindungen sind besonders interessant, wenn man daran denkt, daß erst kürzlich die Breslauer Nationalsozialisten im Konzerthaus ihre deutschnationalen Harzburg-Freunde verprügeln und fast täglich Ueberfälle und Prügeleien in den Straßen von Breslau provozieren.

Prügel für SA-Männer

Seitdem die Hoffnungen und Entwürfe für das Dritte Reich in immer weitere Fernen rücken, mehrt sich nicht nur die Unzufriedenheit und die Zerfegung in den Sturmabteilungen der Nationalsozialisten, man setzt auch die an politischen Gegnern erprobten Keilereien in den eigenen Lagern fort. Am beliebtesten scheinen Prügel der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen zu sein, wie sie einst in Rekrutenmishandlungsprozessen im alten Kaiserreich zur öffentlichen Kenntnis kamen. Ein besonders trauriger Fall wird jetzt aus Gleiwitz gemeldet:

Dem Scharführer Thomme wurde der Befehl erteilt, mit seiner Gruppe eine ungesagte Handlung auszuführen. Thomme hat sich im Hinblick auf die inzwischen erlassene Notverordnung geweigert. Als er am Tage danach mit seiner Schar angetreten war, kam der Truppenführer Bartel und wiederholte die Befehle. Thomme erwiderte, er habe keine Lust ins Gerichtshaus zu wandern. Darauf forderte Bartel sieben Schamitglieder auf, den Thomme festzunehmen. Diese fähten ihn; Bartel schlug ihn zunächst mit den Fäusten, nachher mit dem Gummirollen des Gelficht. Als Thomme mit Bekanngabe dieses Ueberfalles drohte, wurde ihm erklärt, man würde ihn dann um die Ecke bringen. Die Furcht vor der „Feme“ wächst bei den SA-Beuten mit jedem Tag.

Ein typisches Bild ergab eine Meldung aus Stettin. Dort haben sich der Gaugeschäftsführer Rittmeister v. Gravenstein und der Musikmeister Jülich von der Standarte 21 fröhlich das Fell verjöhlt. Der Anlaß war, daß Jülich für sich und seine 25 Mann starke Kapelle den rückständigen Lohn von 1400 Mark gefordert hat, mit dem Erfolg,

daß Jülich zuerst seine Sengge von dem Herrn Rittmeister bezog und darauf samt den 25 Musikern ohne Geld entlassen und auf die Straße gesetzt wurde.

In einer Zeit, in der die nationalsozialistische Agitation von Arbeiterfreundlichkeit und sozialer Bestimmung geradezu überhäuft, sind solche Fälle besonders lehrreich.

Sparjamkeit!

Was kostet die Personalpolitik?

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Personalpolitik der kommissarischen Regierung unter Führung des Reichskommissars in Preußen treibt eigenartige Blüten. Während in den Reden der verantwortlichen Männer immer die Sparnotwendigkeiten betont werden, die sich dann auch prompt durch die Notverordnungen in Kürzungen der Einkommen für die breiten Volksschichten auswirken, wird hier das Geld buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen. Die kommissarische Regierung hat leitende Beamtenstellen in den Zentralbehörden neu besetzt. Ministerialdirektor Dr. Kobis wurde zum 1. Oktober Staatssekretär im Staatsministerium, Staatssekretär Dr. Weismann bezieht aber auch noch sein Gehalt bis zum 1. November. Es sind also für den Monat Oktober zwei Staatssekretäre gehalten zu zahlen. Ministerialrat Dr. Schüge im Ministerium des Innern wurde zum Ministerialdirektor ernannt an Stelle des Ministerialdirektors Dr. Badt. Auch in diesem Fall ist eine Doppelzahlung des Ministerialdirektorgehalts erforderlich, da Dr. Badt ebenfalls noch für Oktober Anspruch auf sein Gehalt hat. Wir beschränken uns auf die Anführung dieser beiden Beispiele. Es ließe sich jedoch eine lange Liste aufstellen, wo in jedem Einzelfall Doppelzahlungen erfolgen. Diese Personalpolitik hat mit Sparmaßnahmen nichts mehr zu tun, sondern belastet im Gegenteil nur die Steuerzahler unnötigerweise. Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen, den Reichskommissar zu ersuchen, dem Landtag über folgende Fragen Auskunft zu geben: 1. Wie hoch sind die Beträge, die durch die Entfernungen von Beamten aus dem Amt neben den im Haushalt festgesetzten Gehaltssummen verausgabt worden sind und noch gezahlt werden an die Nachfolger der ausgeschiedenen Beamten, also für Doppelzahlungen? 2. Aus welchen Etatspositionen werden die Mittel für diese Ausgaben genommen?

Saalkampf auf einem Schützenfest. Bei einem Familienabend des Schützenvereins in Bobenhäusen (Westfalen) erschienen dreißig Nationalsozialisten in der Wirtschaft, nachdem vorher mehrere uniformierte SA-Leute mit den Gästen scharfe Auseinandersetzungen gehabt hatten. Es gelang zwar, die Nationalsozialisten, die angeblich von einer Verlobungsfeier kamen, aus dem Saale zu weisen, doch umgingelten sie das Lokal und warfen mit Knüppeln und Ziegelsteinen sämtliche Fenster Scheiben ein. Als das Licht im Saale verlöschte, entstand ein Schlägerei. Mehrere Schüsse wurden abgegeben. Etwa dreißig Personen wurden verletzt, darunter auch mehrere Frauen. Vier Mitglieder des Schützenvereins erlitten schwerere Verletzungen. Beim Erscheinen der Polizei waren die Nationalsozialisten bereits geflohen.

Das deutsche Schicksal

Der „Heimkehrer Daubmann“ wurde als Schwindler entlarvt.



„Wieder auf einen Schwindel hereingefallen. Na, heben wir die Dekorationen auf, bis der Kronprinz als Reichsverweser einzieht.“

Keine Auflösung in Danzig

Nazi-Abgeordnete drücken sich vor dem eigenen Antrag

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Danzig, 12. Oktober.

Der von den Nationalsozialisten mit Unterstützung der Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Volkstages wurde in der Mittwochsitzung mit 46 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokratie sprach sich gegen den Antrag aus, da ihr nicht nur der jetzige Zeitpunkt wegen der besonderen außenpolitischen Verhältnisse für Verhandlungen nicht geeignet erscheint, sondern sie auch die innerpolitische Entwicklung abwarten will, die sich aus der Beseitigung des bisherigen Abhängigkeitsverhältnisses der Regierung von den Nationalsozialisten ergibt. Bemerkenswert ist, daß von der 13 Mann zählenden nationalsozialistischen Fraktion fünf nicht für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag stimmten.

Täuschungsmanöver

In vertraulichen Zirkularen fordert die kommunistische Parteileitung zur Gründung neuer „Wohngebietsausschüsse“ als Ergänzung zu ähnlichen Ausschüssen an Stempelstellen, Arbeitsnachweisen und Wohlfahrtsämtern auf. Sie sollen „Stoßtrupps für außerparlamentarische Kämpfe“ werden, gegen Arbeitsdienstpflicht protestieren und vor allem die Agitation gegen die Sozialdemokratie zu Wahlzwecken neu beleben.

Wo unsere Genossen mit solchen Propagandaverfäuchen in Berührung kommen, müssen sie vor

allem darauf hinweisen, daß alle jetzt gefährdeten und abgebauten Unterführungen für die Arbeitslosen gegen die Stimmen der Kommunisten im Reichstag haben durchgesetzt werden müssen. Alles, was die Kommunisten jetzt zu verteidigen angeben, haben sie abgelehnt, verächtlich gemacht und als „Verrat“ bezeichnet. Es ist von den Sozialdemokraten feinerzeit beantragt und angenommen worden und geht den Erwerbslosen jetzt verloren, seit unser Einfluß durch Nationalsozialisten und Kommunisten geschwächt wurde. Mit „Ausschüssen“ und Resolutionen solcher Ausschüsse kann es nicht juristischerweise werden, sondern nur durch eine vernünftige Zusammenfassung des Reichstags, der sich sein Recht erzwingt und das Zerfallene wieder aufbaut.

Standrecht in Ungarn aufgehoben. In der Sitzung des ungarischen Kabinetts am Montag wurde einstimmig beschlossen, das Standrecht aufzuheben.

Herriot ist mit seinen beiden Kabinettschefs am Mittwochsabend nach London abgereist, um sich dort mit MacDonald zu besprechen. Vorher war das Abrüstungsproblem im Ministerrat besprochen worden, namentlich Paul Boncour's neuer Abrüstungsplan.

Der evangelische Oberkirchenrat hat gegen den oldenburgischen Naziministerpräsidenten Röber Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Röber hatte es in einer Rede als Kulturschande bezeichnet, daß die oldenburgische Geistlichkeit einen Missionsvortrag des Regierpastors Kwami unterstütze.

Sämtliche Nazivahlversammlungen im Stadtbezirk Düsseldorf sind auf Anordnung des Polizeipräsidenten bis einschließlich 16. Oktober verboten worden. Als Grund wird das provozierende Verhalten der SA-Leute in den bisherigen Nazivahlversammlungen angegeben.

Die Partei im neuen Wahlkampf

Überall frisch an die Arbeit

Zu der Fertigstellung der Kandidatenlisten in den einzelnen Bezirken und den Eröffnungsversammlungen in allen Teilen des Reiches beginnt sich in einzelnen Gegenden bereits der Symbolkampf zu gestalten, der auch diesmal, trotz der ungünstigen Jahreszeit, in großem Umfange durchgeführt werden soll. Nach sieben großen Funktionärskonferenzen der Eisernen Front im Kreise Mansfeld wurde in Eisleben die große Sturmflagge gehißt, die weit über ganze Sturmdistrikte und die großen Bahnstrecken weht. Sie soll überall Nachfolger finden, gleichzeitig mit umfassenden Flugblattverbreitungen in Stadt und Land.

Im Herkules-Saalbau in Nürnberg eröffnete Toni Pfälf und Genosse Buchta in begeisterter verlaufener Versammlung den Wahlkampf, Tarnow sprach in Kiel vor den Vertrauensleuten der Partei, Biffel in Altona, Dr. Leber in einer großen Versammlung in Hamburg. Im Haderbräueller in München fanden Staudingers packende Ausführungen stürmischen Beifall. In einer wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrten Versammlung

in Breslau erörterte Genosse Böbe die politische Lage und die Aussichten des Kampfes. Severing sprach in überfüllten Versammlungen, jubelnd begrüßt, in Olaschau, Zwickau und anderen sächsischen Städten, Rossmann und Schuhmacher auf dem Landesparteitag und den Jugenddemonstrationen in Stuttgart, Hölttermann hielt in Dortmund einen Appell der Schuss ab, nach einem Referat von Engelbert Graf bestätigte der Bezirk Leipzig die bisherige Kandidatenliste.

Die sozialdemokratische Wahlliste im Bezirk Hessen-Rassau wird wieder, wie bereits seit langen Jahren, von Philipp Scheidemann geführt. Die Kasseler Partei hat ihn am Sonntag einstimmig wieder als Spitzenkandidat nominiert.

Auf dem Parteitag der ostpreussischen Sozialdemokratie wurde nach einem Referat des Genossen Tarnow die alte Kandidatenliste Braun, Larßen, Lufft, Jäder genehmigt und ein Antrag gegen Doppelkandidaturen angenommen. Ebenso erklärte sich die Parteiverammlung für Groß-Frankfurt am Main nach einem Vor-

trag des Genossen Weh für die Aufstellung der bisherigen Kandidaten.

Zweierlei Parolen

Zu Beginn einer Vortragsreihe über die neuen deutschen Reichstagswahlen gab am Dienstagabend der Sprecher der Kommunisten im Sowjet-Rundfunk einige Richtlinien an die deutschen Kommunisten. Er betonte insbesondere, daß es die Aufgabe der KPD sei, bisherige nationalsozialistische Wähler für den Kommunismus zu gewinnen. Zu diesem Zweck empfahl er, bei der Propaganda in den Städten die Klassenkampfarolen stärker zu betonen, dagegen auf dem flachen Lande die nationalen Parolen der KPD hervorzuheben.

Die Kommunisten können eben alles. Allerdings bemüht sich Goebbels gegenwärtig, ihnen zu beweisen, daß er in puncto Demagogie es noch besser kann.

Die Bauarbeiter wehren sich

Im Baugewerksbund 77,2 Prozent Arbeitslose

Die jüngste Beiratstagung des Deutschen Bau-gewerksbundes befaßte sich zunächst mit der von der Regierung betriebenen Anfordern der Wirtschaft. Der Verbandsvorsitzende Bern-hard führte u. a. aus, die Rotverordnungs-arbeitsbeschaffung sei allein auf den guten Willen der Unternehmer abgestellt, der Profitflucht, die durch Vorkauf von Rohstoffen, die künstlich hochgepreist werden soll. Was vom Staat selber an Arbeitsbeschaffung in Aussicht genom-men ist, sei

ein Tropfen auf den heißen Stein.

Den Bauarbeitern werde durch den frei-willigen Arbeitsdienst und durch sogenan-nte Notstandsarbeiten die knappe Ar-beitsgelegenheit noch genommen, mindestens aber stark eingeengt. Die Gemeinden sind durch die Auswirkungen der furchtbaren Krise in große Armut geraten, der Kleinwohnungsbau ist abgedrosselt, das Reichsversicherungsamt erklärt sich gegen jede Inangriffnahme von Bau-ten durch öffentlich-rechtliche Körperschaften, nur bei Instandsetzungsarbeiten, die die Reichsregie-rung durch Beihilfen zu fördern sucht, dürften sich da und dort einige Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Um wenigstens die notwendigen Arbeits-kräfte für Reparaturarbeiten durch die Arbeits-ämter anzuwerben anstatt sie von hintenherum zu holen, mußte der Bund manchen Kampf führen.

Natürlich ist auch das baugewerbliche Unter-nehmertum an der Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe stark interessiert. In einer dem-entsprechenden Eingabe an die Reichsregierung wird die Meinung vertreten, daß ein weiteres Abgleiten der Baupreispreise nicht mehr möglich sei, es sei aber auch

eine weitere Kürzung der Bauarbeiterlöhne nicht mehr möglich.

Aber dieses Eingeständnis der Unternehmer hält sie nicht ab, die Löhne im Baugewerbe unter Berufung auf die Papen-Rotverordnung noch weiter herabzudrücken. Wie Scheibel weiter zeigte, versuche man außerdem auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit einen weiteren Lohnabbau zu verbinden, der für die Arbeiter-schaft einfach unerträglich ist. Die Gewerk-schaften protestieren dagegen nach wie vor. Die deutsche Arbeiterschaft ist an der Grenze ihrer Existenzfähigkeit angelangt, ihr entschiedener Widerstand

gegen jeden weiteren Lohnabbau

ebenso gerecht wie verständlich. Ueberall, wo auch nur die geringste Erfolgsmöglichkeit gegeben ist, setzen sich die Bauarbeiter mit allen Mitteln zur Wehr. Damit haben sie bisher Erfolg gehabt.

In der Aussprache wurde erwähnt, daß manche Unternehmer sich sagen, die Schwierig-keiten und Mißlichkeiten, die sich aus der Papen-Verordnung ergeben, seien derart, daß es besser sei, von ihrer Anwendung abzusehen.

Der freiwillige Arbeitsdienst führt nach den Ausführungen von Bernhard dazu, das Arbeitsfeld der Bauarbeiter noch mehr zu beschränken. Die tariflichen Rechte der Bau-arbeiter werden ausgeschaltet. In die freiwillige Arbeitsdienstpflicht glaubt man den Siedlungs-bau programmatisch einbeziehen zu können. Die Bauarbeiter betonen daher nach wie vor ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen

den freiwilligen Arbeitsdienst.

obwohl ihnen unter den gegenwärtigen Verhält-nissen nichts weiter übrig bleibt, als sich ebenfalls

einzuhalten, damit sie nicht ganz unter den Schritten kommen und schließlich auch die Aus-wüchse besser bekämpfen zu können.

Rosenzweig wies auf die Vorbereitungen zu einer Denkschrift des Baugewerksbundes über den freiwilligen Arbeitsdienst und die Entlohnung bei Fürsorgepflichtarbeit hin. Viele Bau-fach-arbeiter werden heute im Arbeitsdienst oder der Fürsorgepflichtarbeit beschäftigt. Bei Notstands-arbeiten werden Stundenlöhne bis zu 30 P. herunter gezahlt. Notstandsarbeiten werden nur ausgeführt, wenn sie sich nicht teurer stellen als im freiwilligen Arbeitsdienst. Damit werden bei den Bauarbeiten die Lohntarife samt dem Arbeitsrecht ausgeschaltet und die Löhne aufs äußerste herabgedrückt. Nachdem alle Pro-teste und Eingaben gegen dieses soziale Unrecht wirkungslos blieben, mühten alle Gewerkschaften gegen diesen ungeheuerlichen Unfug aufgerufen werden. Der Baugewerksbund zählt noch 340 000 Mitglieder, ein fester Stamm, der treu zur Orga-nisation steht.

Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder

stieg von 11,9 Proz. im September 1929 auf 39,5 Proz. im September 1930, auf 65 Proz. im September 1931 und ist jetzt auf 77,2 Proz. ge-hten. Bei den teilweise sehr niedrigen Stunden-löhnen mußte die Beitragslast nach unten er-gänzt werden, doch bleiben die Unterstützungs-einrichtungen unverändert. Der Bund hat jetzt 12 500 Invaliden zu unterstützen.

Die Agitations- und Schulungs-arbeit soll belebt und der Wühlarbeit der RGD, wie auch der Gleichgültigkeit gründlich be-gegnet werden. Vor allem soll die Agitation von Mund zu Mund wieder mehr gepflegt und alles daran gesetzt werden, die Organisation der Bauarbeiter zu heben.

klären, daß die aufgestellten Behauptun-gen erlogen sind. Die Beklagten übernehmen die gerichtlichen und die außergerichtlichen Kosten der Kläger und sind damit einverstanden, daß der Vergleich auf ihre Kosten in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und in der „Leipziger Volks-zeitung“ veröffentlicht wird.

Sollten die Gewerkschaftsangehörigen in jedem einzelnen Falle von Beschimpfung, Verdächtigung und Verleumdung durch die RGD, und die kom-munistische Presse flagrant werden, dann können sie aus der Klage nicht mehr heraus. Um so notwendiger ist, daß gelegentlich ein Exempel statuiert wird, damit die Arbeitnehmerschaft von vornherein weiß, was sie von einem derartigen „revolutionären“ Treiben der RGD. gegen die „Gewerkschaftsböngel“ zu halten hat.

Neuer Lohnstreit

in Englands Textilindustrie

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie von Manchester hat am 7. Oktober beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, durch Aushang in den Betrieben eine Lohnkürzung von 8,75 Prozent durchzuführen. Von dieser Maßnahme werden 200 000 Arbeiter betroffen.

Der Arbeitsminister hat am 11. Oktober die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer der Baumwollspinnereien zu einer Konferenz zum 13. Oktober nach Manchester einberufen.

Tariffündigung

In der Maßschneiderei

In weiten Kreisen des Unternehmertums herrscht der naive Glaube, die Lohnschraube könne immer noch weiter heruntergedreht werden. Entgegenstehende tarifvertragliche Bindungen werden als Hindernis betrachtet, das es bei erstbesteter Gelegenheit zu beseitigen gilt.

In der Herren- und Damenmaßschneiderei führ-ten die Verhandlungen über den zentralen Lohn-tarif zu einem Schiedsspruch. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab, der Reichsarbeits-minister lehnte die Verbindlichkeitsklärung ab und damit war die zentrale Lohnord-nung beseitigt.

Es besteht nun aber noch ein Reichstarifvertrag. Er ist von den Unternehmern zum 31. Dezember gekündigt und seine Erneuerung mit derartigen Verschlechterungsforderungen belastet worden, offenbar zu dem Zweck, auch diesen Tarifvertrag zu beseitigen.

Der „Bekleidungs-Arbeiter“ bemerkt zu diesem Unternehmensverstoß, daß es jetzt wieder wie vor 25 und 30 Jahren darauf ankommt, ob die Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben gewerkschaftlich organisiert ist, um erst wieder einmal die Grundlagen für eine erträgliche betrieb-liche Lohngestaltung zu schaffen. Darum hinein in den Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband!

Léon Jouhaux: „Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.“ Verlag des Internationalen Ge-werkschaftsbundes, Berlin ED 16, Köpenicker Straße 113. 51 Seiten. Preis 75 P.

Nach einem Rückblick „Von der Revolution zur Kommune“ schildert Jouhaux das Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung nach dem Jahre 1871, die nach der Niederwerfung der Kommune ähn-lichen Bedrückungen ausgesetzt war wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter dem Aus-nahmegeiste. Die Koalitionsfreiheit, das Streik-recht, bestand zwar seit 1864, allein die Vereins-freiheit war verboten. Erst im Jahre 1884 wurden die Gewerkschaften gesetzlich anerkannt, was noch lange nicht ihre Anerkennung durch die Unternehmer bedeutete. Im Jahre 1895 wurde der Allgemeine Gewerkschaftsbund (Confédération générale du Travail — CGT.) gegründet. Daneben bestand noch die Organisation der Arbeitsbörsen, die örtliche mehr lose Zu-sammenfassung der Gewerkschaften. Die Einigung mit der Föderation der Arbeitsbörsen erfolgte im Jahre 1902. Doch gab es bis zum Kriege in der CGT. zwei selbständige Gruppen: die Ab-teilung der Föderationen und die der Arbeits-börsen. Beide hatten ihre eigene Exekutive, die zusammen das Bundeskomitee bildeten. Erst nach dem Kriege wurde die CGT. zu einer einheitlichen Organisation. Auch in Frankreich kam es zunächst zu einem starken Zutrom zu den Gewerkschaften, als auch schon die kom-munistische Spaltung einsetzte, unter der die französische Gewerkschaftsbewegung als erste zu leiden hatte. Als die CGT. an ihren Wieder-aufbau ging, kamen die Spalter mit dem „Einheitsfront“-Humbog.

Mit dem Anschluß der Beamten an die CGT. schließt Jouhaux. Die größten Schwierigkeiten sind überwunden, die kommunistische „unitäre“ Bewegung geht zurück. Die kleine Schrift ist recht aufschlußreich und kann daher allen Gewerkschaftsgenossen zur An-schaffung empfohlen werden. Sie bildet Heft 11 der ersten Reihe der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek, die die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung erzählt. ez.

Siehe 2 Beilagen

Wer kämpft? Wer hilft?

Leistungen der Berliner Gewerkschaften

Von den „Massenbewegten“, „revolutionären“ Unorganisierten wie von der kommunistischen Ge-werkschaftsopposition wird überall erzählt, die Gewerkschaften tun nichts, sie kämpfen nicht, sie fordern nur Beiträge.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften neh-men das organisationsfeindliche und organisations-schädigende Gerede natürlich nicht ernst, gehen viel-sach darüber hinweg, ohne den Maulhelden und Verleumdern gehörig den Mund zu stopfen. Sie müssen ihnen mit Zahlen kommen, mit den Zahlen, die in den Jahresberichten der Gewerkschaften ge-geben, aber viel zu wenig beachtet werden. Zahlen beweisen.

Die freien Gewerkschaften Berlins haben im Jahre 1931 über 12 Millionen Mark zur Unterstützung ihrer Mitglieder gezahlt.

„Das ist's ja eben“, sagen die „Revolutionären“, „die Gewerkschaften sind nur nach Unterstützungs-vereine und nicht mehr Kampforganisationen.“

Für jeden denkenden Arbeiter ist klar, daß in einer Zeit so großer Arbeitslosigkeit die Kämpfe um die Arbeitsbedingungen weniger den Angriffen als der Abwehr gelten. Die Vinderung der Not der Gewerkschaftsmitglieder ist in solchen Zeiten notwendiger als sonst, um ihre Widerstandsfähig-keit zu erhalten. Verzweiflungsaktionen, wie sie die RGD. tagtäglich fordert, sind sinn- und zwecklos, sind schädlich. Splittlerorganisationen, die keine Verantwortung tragen und keine Streit-unterstützungen zahlen können, können jederzeit zum „Kampf“ aufrufen. Was sie betreiben ist aber nur Krampf und nicht Kampf. An gewerkschaftlich funktionierten Streiks gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingun-gen im Jahre 1931 waren 242 053 Gewerkschaftsmitglieder beteiligt. Die Berliner Gewerkschaften zahlten an ihre streikenden Mit-glieder

624 594,96 Mark Streikunterstützung.

Dazu Unterstützung an gemäßregelte Mit-

glieder 142 109,98 Mark. An zureisende ar-beitslose Mitglieder wurden 57 271,31 M. gezahlt.

6 554 500 Mark an Arbeitsloje

sind als Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden. Die erkrankten Mitglieder wurden mit

1 789 906 Mark Krankengeld

unterstützt. An die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder wurden 545 420 Mark Sterbegeld ge-zahlt, die invaliden Mitglieder wurden mit 1 732 249 Mark unterstützt, die Rechts-schutzsuchenden mit 85 253 Mark, ungerech-net die Summen, die ihnen durch die Beratung und Vertretung in Rechtsstreitfällen gesichert wur-den. In besonderen Notfällen wurden 707 293,98 Mark gezahlt.

Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können und wie gesagt insgesamt 12 138 600,74 Mark erforderten.

Selbstverständlich haben die Gewerk-schaftsmitglieder diese Summen aus ihren Wochenbeiträgen erst aufbringen müssen, ab-gesehen davon, daß im Jahre 1931 die Beitrags-einnahmen hinter den Unterstützungsaufwendun-gen zurückgeblieben sind.

Doch um viel mehr, um wieviel wirk-samer könnten die Gewerkschaften ihre Kämpfe führen, um wieviel mehr könnten sie an Unter-stützungen zahlen, wenn nicht ein ganzes Heer von Arbeitern und Arbeiterinnen, nicht nur in Berlin, umherliefe und aus Beitragslosen, aus Gleichgültigkeit und „Schlaueit“ sich von den Gewerkschaften immer noch ferngehalten hätte!

Frägt die kommunistischen Gewerkschaftsfeinde, was ihre Splittlerverbändchen geleistet haben, fragt die Hitlerleute, was ihre „Arbeiterpartei“ geleistet hat.

Heraus aus der Burtigkeit, hinein

in die freien Gewerkschaften!

Schiedsspruch fällte, wonach die Arbeiter des Berliner Möbelhandels dem Lohn- und Mantel-tarifvertrag für die Arbeiter im Berliner Einzelhandel unterstellt werden sollen.

Die Arbeiter des Möbelhandels hatten dem Schiedsspruch zugestimmt, obwohl er eine geringe Lohnkürzung, auf der anderen Seite jedoch eine günstigere Regelung der Arbeitsbedingun-gen vorsteht. Vor allem ist im Berliner Einzelhandel die Bezahlung der Ueber-stunden tariflich geregelt, was im Möbelhandel, in dem ungeheuer viel Ueberarbeit geleistet wird, bisher nicht der Fall war.

Vor einigen Tagen wurde beim Schlichter über den Antrag des Gesamtverbandes auf Verbind-lichkeitsklärung dieses Schiedsspruches verhandelt.

Auch jetzt noch widerlegten sich die Möbelhändler allen Versuchen, auf der Grundlage des Schieds-spruches eine Verständigung herbeizuführen. Zumal von einer tariflichen Regelung der Ueber-stundenbezahlung wollten sie nichts wissen. Nun waren sie bereit, den bisherigen Manteltarif wieder neu abzuschließen, wenn ihnen die Organisationsvertreter eine Lohnkürzung, die z. B. bei den Kraftfahrern wöchentlich 5 Mark betragen sollte, zugestehen und sich obendrein da-mit einverstanden erklären würden, daß für alle Ueberstunden in der ganzen Woche zusammen 2,50 Mark gezahlt würden. Dieses „Entgegen-kommen“ wurde mit der Bemerkung zurückge-wiesen, daß die Arbeiter des Möbelhandels eine neue Lohnkürzung nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Da die Verhandlungen angesichts der unüber-brückbaren Gegensätze ergebnislos abge-brochen werden mußten, liegt nunmehr die Ent-scheidung über die Beilegung des Tarifkonflikts beim Schlichter oder aber bei der Ar-beiter-schaft des Berliner Möbelhandels selbst.

Ein Exempel

Ehrabschneider am Pranger

Begen öffentlicher Beleidigung und bewußter Ehrabschneider, hatten sich der Führer der RGD. in Sachsen, der Arbeiter Otto Jäckel aus Dresden und der verantwortliche Schrift-leiter der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Otto Grosser aus Leipzig, vor dem Amtsgericht in Leipzig zu verantworten.

Beide Angeklagte werden beschuldigt, die Ge-schäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig, die Genossen Schäfer und Brumme, ohne jeden Grund in Wort und Schrift beschimpft und verleumdet zu haben. Im Auf dieses Jahres erschienen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mehrere Artikel, die sich mit der Urabstimmung der Leipziger Metall-arbeiter beschäftigten.

Es wurde behauptet, die beiden Bevollmächtig-ten hätten Wahlfälschungen begangen. Auch wurde die Urabstimmung der Metallarbeiter über Annahme und Ablehnung des Lohnabkom-mens, als „ein Gaunertrick“ der Geschäfts-führer Schäfer und Brumme bezeichnet.

Beide Angeklagten bemühten sich gar nicht erst um den Wahrheitsbeweis. Sie gaben zu, daß sie gelogen und verleumdet haben, um den verhassten Gewerkschaftsführern eins auszumischen.

Der RGD.-Führer Jäckel mußte zugeben, daß er von dem Verbandsstatut der Metallarbeiter keinen blassen Schimmer hat und noch niemals Einblick in die Leipziger Metallbetriebe genommen hat. Auf ein solches offenes Bekenntnis hin ließen sich die Kläger zu einem Vergleich bewegen.

In dem Vergleich wird zum Ausdruck gebracht, daß die beiden Angeklagten öffentlich er-

Wie Hummel ein Held wurde

Die Kriegervereine warteten auf ihn — Afrikavorträge aus Büchern

Weitere Nachforschungen in der Affäre des Schneiders Hummel alias Daubmann haben ergeben, daß Hummel schon seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebt. Er schwebte ständig in der Angst, seine Frau würde ihn unter Umständen erkennen. Er gab zu, daß er in den Jahren 1909 und 1910 in Emdingen die 6. und 7. Volkshulkkasse besucht und dort mit Oskar Daubmann zusammenkam, mit dem er befreundet war. Hummel wußte auch, daß Daubmann im Weltkrieg gefallen ist. Er betrieb nach seinen Angaben von 1930 bis zum Mai 1932 in Offenburg ein eigenes Geschäft. Als dieses nicht mehr ging, fehrte er sich auf sein Fahrrad und fuhr nach Neapel. In Neapel ging das Fahrrad in Trümmer, und Hummel kam auf die Idee, fehrte die Geschichte mit Afrika zu erzählen, um durch Vermittlung des Konsulats kostenfrei in die Heimat zu kommen. Hummel ist nie in Afrika gewesen. Er hat beim Infanterieregiment Nr. 110 in Mannheim gedient und war im Jahre 1916 in Freiburg am Magen operiert worden. Hummel erklärte, er hätte ursprünglich die Absicht gehabt, sobald er in Deutschland war, sofort unbemerkt zu verschwinden. Als er aber erlebte, wie feierlich er empfangen und von einem zum anderen Empfang geschleppt, wie er von Zeitungsreportern überlaufen wurde, habe er sich eines anderen besonnen. Man sei später wiederholt an ihn herangekreten, auch Vorträge zu halten, die man ihm aufschrieb und die er auswendig lernen mußte. Hummel erklärte dazu: „Mir war die Sache schon lange zu dumm.“ Seine Kenntnis über Afrika rührte daher, daß er sich eingehend mit einschlägiger Literatur beschäftigte und sich Ansichtskarten beschaffte.

Der Schneider Ignaz Karl Hummel alias Daubmann hat sich schwer vergangen an dem Andenken eines toten jungen Soldaten aus dem Weltkrieg und an den alten Eltern, die in ihm den durch ein Wunder heimgekehrten Sohn sahen. Aber wäre er wirklich Oskar Daubmann, so vergingen sich an ihm, dem nach sechzehnährigen Weiden zerschlagenen Kriegsgefangenen, fast ebenso sehr diejenigen Kreise, die ihn für echt nahmen oder für echt nehmen wollten. Es wird jetzt bekannt, daß Hummel, als er sich in der Rolle des Heimkehrers eine billige Rückfahrt von Neapel nach Deutschland verschafft hatte, so bald wie möglich im Dunkeln wieder verschwinden wollte. Er spürte, daß seine Daubmann-Rolle nicht ewig währen würde. Aber kaum befand er sich auf deutschem Boden, da kam der erste Empfang. Und dann hagelte es Feiern auf Feiern, Ehrung auf Ehrung. Der Heimatort begrüßte ihn vom Bürgermeister bis zum jüngsten Schulbuben,

die Kriegervereine, die Vaterländischen Verbände luden ihn zu Vorträgen ein, er war plötzlich ein Hero, ein Held, ob er wollte oder nicht.

Er hätte sich vielleicht gar so gern wie ein Mäuschen vertragen, der arme kleine Schächer Ignaz Karl Hummel, aber die nationalistischen, militärischen schwarzweißroten Vereinigungen brauchten ihn doch. Der Bataillonskommandeur des toten Soldaten von der Somme Oskar Daubmann geleitete ihn durch Deutschland, und immer mußte er schreien: „Seht mich armen, noch jahrelang nach dem Kriege von den Franzosen gemarterten deutschen Frontkämpfer!“

Vielleicht aber ist das so doch gar nicht wahr, vielleicht ist der Schneider Hummel ein unbewußter Kenner eines Stückes der deutschen

Seele. Vielleicht spürte er, daß ein Teil der deutschen Nation sich gerne betrogen und belügen läßt, wenn sich der Lügner und Betrüger einen nationalistischen, monarchistischen oder militaristischen Mantel umhängt. Hummel hatte vielleicht davon gelesen, daß am 16. Oktober 1906

im Rathaus zu Köpenick

ein Hauptmann mit einer Gruppe Soldaten erschienen war. Dieser Hauptmann hatte sich im

Namen Seiner Majestät des Königs die Kassenbestände aushändigen lassen und den Bürgermeister und den Syndikus zur Berliner Wache unter den Linden transportieren lassen. Dann war er verschwunden. Die Soldaten, die gerade vom Schießplatz gekommen waren, hatten ebenso pariert wie die Zivilisten im Rathaus. Der Hauptmann, dessen Uniform übrigens völlig unvorchriftsmäßig war, hieß in Wirklichkeit Wil-

Lahusen in Freiheit

Fluchtverdacht nicht mehr angenommen

Bremen, 12. Oktober.

Das Oberlandesgericht in Hamburg befahl sich am Mittwoch als Beschwerdeinstanz mit dem Haftentlassungsantrag von G. Carl Lahusen, des früheren Vorstandsmitgliedes der

Lahusen nichts zu spüren! Im Falle Kagenellenbogen war der schwierige Sachverhalt in vier Monaten geklärt. Im Falle Nordwolle, der doch nicht komplizierter liegt, dauert es schon 15 Monate! Heute ist Lahusen in Freiheit.



Ein Fluchtverdächtiger aus dem Börnicker Prozeß

Nordwolle. Seine Haftentlassung war von der Strafkammer Bremen zweimal abgelehnt worden. Das Oberlandesgericht Hamburg entschied dahin, daß G. Carl Lahusen gegen Bürgschaftsleistung von 1 Million Mark aus der Haft zu entlassen sei.

Diese Bürgschaft ist in Bremen angebracht worden, so daß G. Carl Lahusen noch am Mittwoch das Untersuchungsgefängnis, in dem er nahezu 15 Monate (seit 17. Juli 1931) zugebracht hat, verlassen kann.

Der Großbetrüger G. C. Lahusen hat es geschafft — er ist wieder in Freiheit. Und der Prozeß? Das wird sich finden!

Als der Krach der Nordwolle Deutschland erschütterte, als das Bankensystem zusammenbrach, ging eine Welle der Empörung gegen die Schuldigen durch Deutschland. Die Reichsregierung trug dem Rechnung, sie gab eine Verordnung heraus, die für die beschleunigte Aburteilung von Wirtschaftsverbrechern sorgen sollte. Was ist daraus geworden? Von Beschleunigung war im Falle

Fluchtverdacht wird nicht mehr als gegeben angenommen.

Lahusen hatte sich den Leibanwalt Hitlers, Frank II, als Verteidiger zugelegt. Das war in einer Zeit, als der in Untersuchungshaft sitzende Lahusen auf die Nachtergreifung Hitlers rechnen mochte. Außer Frank II nahm er noch den Nazi-anwalt Luetgebrune als Verteidiger. Er suchte sich mit der Macht zu stellen.

Inzwischen hat sich die Nachtlage in Deutschland geändert. Die Großindustrie und die kapitalistischen Bürger schwören nicht mehr auf Hitler, sondern auf Papen. Lahusen hat wenige Tage vor dem Beschluß des Hamburger Oberlandesgerichts seine Hitler-Anwälte abgeschafft — sie scheinen ihm nicht zeitgemäß gewesen zu sein.

Fluchtverdacht besteht nicht mehr. Wir erinnern an den Börnicker Prozeß. Der Staatsanwalt beantragte drakonische Strafen, darunter ein Jahr Gefängnis gegen den schwerkriegsbeschädigten hilflosen Bachmann. Er forderte die sofortige Verhaftung Bachmanns, weil Fluchtverdacht vorliege!

helm Boigt und war seines Zeichens Schuster. Es ist gerne möglich, daß Ignaz Karl Hummel sich gesagt hat: Wenn ein falscher Hauptmann Deutschland an der Nase herumführen kann, warum nicht ich als falscher Kriegsgefangener?

Einige Jahre darauf schickte ein entlassener Feldwebel, weil er sich für eine Kränkung rächen wollte, ein Telegramm an den Kommandanten von Strahburg. Er unterzeichnete als „Allerhöchstes Militärkabinett“, fügte aber, weil er es nicht wußte, das notwendige Geheimzeichen nicht bei. In dem Telegramm stand, daß Seine Majestät am nächsten Morgen in Strahburg eintriffe, und daß die gesamte Garnison dort und dort um 5 Uhr früh aufmarschiert sein müsse. Vom kommandierenden General bis zum jüngsten Rekruten ist die Garnison aufmarschiert. Sie hat gewartet und gewartet, bis die Weine in den Leib zu wachsen drohten. Wilhelm kam nicht...

In den Jahren nach dem Kriege trat in den Kreisen des Hofadels und solchen, die danach streben, ihm gleich zu sein, eine Dame auf, die sich Margarethe Prinzessin von Preußen nannte. Sie zeigte sich außerordentlich huldvoll und leutselig, sie hatte für jeden ein freundliches Wort, aber sie veräußerte auch nicht, unter diesen oder jenen Vorwänden, zu diesen oder jenen Geschäften oder vaterländischen Aufgaben den ersehnten Adel, das beglückte Bürgerium um die Aushändigung höherer Geldbeträge zu ersuchen. Die Prinzessin war in Wahrheit

eine frühere Krankenschwester,

die wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden war.

Im Jahre 1926 lebte auf obligen Gütern Thüringens und in den besten Hotels von Weimar und Gotha ein eleganter, lebenswürdiger junger Mann. Er sagte es nicht jedem, aber die Eingeweihten wußten es: Das ist der älteste Sohn seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen. Welche Ehre, ihn einladen und bewirten zu dürfen! Welcher Vorzug, ihm die Sehenwürdigkeiten und die Gaststätten des Landes zeigen zu dürfen! Überall ging er ein und aus, als Hohenzoller gefeiert und von abligen und bürgerlichen Damen mit Bewunderung angestarrt. Bis sich dann herausstellte,

daß dieser Prinz einst das ehrfame Handwerk des Ziegelbrenners betrieb

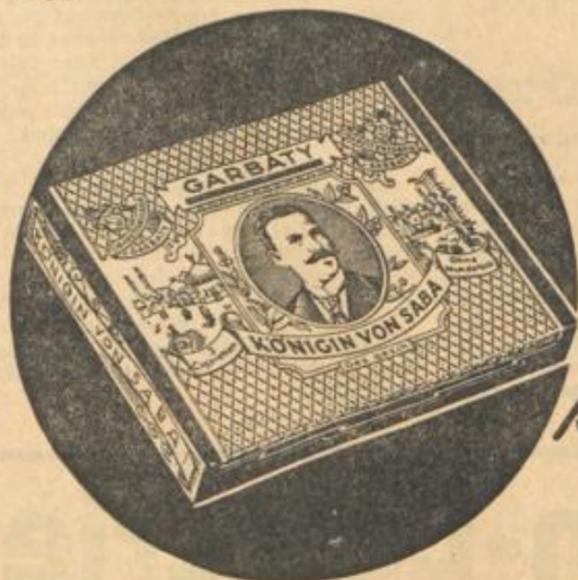
und dann als Diener in einem sogenannten besseren Hause die äußeren Manieren gelernt hatte, die ausreichten, um „die Spitzen der Gesellschaft“ über seinen inneren Wert zu täuschen. Harry Domela, der schon vorher als Graf in Potsdam und als Baron in einem hochfeudalen Korps in Heidelberg aufgetreten war, mußte ins Gefängnis.

Der falsche Hauptmann von Köpenick, der Feldwebel von Strahburg, die Prinzessin Margarethe, der Prinz Domela und der falsche Kriegsgefangene Hummel alias Daubmann sind Glieder aus einer Kette. Es bedarf gegenüber einem gewissen Deutschland nur geringer Gaben, um zu täuschen. Es bedarf eines irgendwie „patriotischen“ Mantels...

„Reffource“ als Studentenheim

Die „Reffource“ in der Dranienburger Straße, die allbekannte Vergnügungstätte früherer Generationen, ist nicht mehr. Im neuen Gewande, jedoch unter Respektierung aller historischen baulichen Effekte, bietet sie jetzt dem akademischen Nachwuchs Aufenthalt, Ehrengewalt, Bibliothek, Spiel-, Studier- und Ruheräume. Das Problem des gefelligen Zusammenschlusses und auch der wirtschaftlichen Unterstützung durch billige Essenabgabe soll hier seine Lösung finden. Die neuen Räume, hell, freundlich und warm im Ton der Inneneinrichtung, scheinen dazu angetan, daß sich junge Menschen hier wohlfühlen und für wenig Geld fattedessen können. Es war kein leichtes

67. 81.



Wo man hinsieht, sieht man „Saba“

Überall ausgerauchte leere Saba-Packungen. Kein Wunder! Heute werden in Berlin mehr „Saba ohne“ geraucht, als von allen Cigarettenmarken zusammen. Eine so große Anerkennung hat eine Cigarette noch niemals gefunden.



Stück Arbeit, diese Stätte zu schaffen, und nur mit Hilfe von Spenden konnte das Heim eröffnet werden. Es ist an die Speisung von etwa 1500 bis 2000 Studierender gedacht, davon zeugen die Kochrequisiten und die großen Eßräume. Die Offenabgabe erfolgt unter Selbstbedienung, es gibt täglich dreierlei Gerichte, eines für Fleischesser, eines für Vegetarier und ein besonders billiges Topfgericht. Der Eröffnungsfesttag wohnten Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, des Studentenwerkes sowie verwandten Organisationen bei. Ansprachen hielten Rektor Lüders, Staatssekretär Dr. Vammers und Dr. Michaleis, Vorsitzender des Studentenwerkes Berlin.

Bestrafte Schadenfreude

„Das haben Sie fein gemacht, Herr Staatsanwalt“

Ende September war bei einem Möbeldändler E. eingebrochen worden, und da in sämtlichen erbrochenen Schließern Reste von Bleistreifen gefunden wurden, glaubte man zunächst, daß der Einbruch, bei dem den Tätern 500 Mark bares Geld in die Hände fielen, von Berufsverbrechern verübt worden war. Die Kriminalpolizei stellte jedoch hinterher fest, daß die Schließern mit den richtigen Schlüsseln geöffnet waren, und daß man nur das Blei zur Irreführung der Polizei in die Schließern hineingesteckt hatte.

Die bei der Firma beschäftigte Angestellte Gehring und deren Freund Anders gerieten dann bald in Verdacht und wurden festgenommen, man mußte sie aber wieder auf freien Fuß setzen, da man ihnen den Einbruchsdiebstahl nicht nachweisen konnte. Die Angelegenheit hätte auch keine Aufklärung gefunden, bis sich vor einigen Tagen Anders selbst bei der Polizei stellte und eingestand, auf Anstiftung seiner Freundin, der Angestellten G., den Einbruch verübt zu haben. Als Grund seiner nachträglichen Selbstbeichtigung gab er an, daß er Ehemann und Familienvater sei und durch das Verhältnis mit Fräulein G. auf eine völlig schiefe Bahn gekommen wäre. Zusammen mit seiner bisherigen Freundin hatte er sich deshalb gestern vor dem Schnellgericht zu verantworten. Hier ergingen sich die beiden, die seit anderthalb Jahren innig befreundet waren, in argsten Beschimpfungen gegeneinander. Fräulein G. behauptete, daß der frühere Freund nur einen Racheakt verübt und daß er sie zur Herausgabe des von ihr verwalteten Schlüssels veranlaßt habe, außerdem habe er schamlos sein Kavalierversprechen gebrochen, denn er habe versprochen, niemals ihren Namen preiszugeben.

Die Verhandlung ergab, daß die beiden das erbeutete Geld in wenigen Tagen restlos verjubelt hatten. Als der Staatsanwalt gegen die angeklagte Angestellte 5 Monate Gefängnis beantragte und sie aus diesem Grunde in Ohnmacht fiel, bedankte sich Anders mit den Worten: „Das haben Sie fein gemacht, Herr Staatsanwalt.“ Anders, der vom Gericht die Freisprechung für sich forderte und erklärte, daß er die Anzeige erstattet habe, „um das Weib los zu werden, das ihn seiner Familie entzogen habe“, erhielt aber zu seinem größten Erstaunen vier Monate Gefängnis, während seine verlassene Freundin trotz seiner Schadenfreude bei dem Antrag des Staatsanwalts mit nur drei Monaten davon kam.

Kampfflugzeuge verbrannt Luftfahrzeugfabrik eingäschert

London, 12. Oktober.

In der Nacht zum Mittwoch wurde die Fabrik der englischen Fairey-Luftfahrtgesellschaft durch Großfeuer völlig zerstört. Neun Kampfflugzeuge vom schnellsten in der englischen Armee verwendeten Typ im Gesamtwerte von etwa zwei Millionen Mark wurden vernichtet. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands • Bezirksverband Berlin
Freitag, den 14. Oktober 1932, 20 Uhr, im gr. Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41

Kulturpolitische Kundgebung

Es sprechen

Adolf Grimme und Kurt Löwenstein

U b e r

„Der Kampf um die sozialistische Kultur“

Berliner! Protestiert gegen die reaktionäre Zwickel-Politik!

DER BEZIRKSVORSTAND

Drei Millionen verschobene Wertpapiere

Eine Riesenschieberorganisation vor Gericht

Ueberraschend schnell hat sich das Schnellgericht mit der Devisenschieber-Organisation zu befassen, deren Haupt der frühere Gerichtsassessor Dr. Boehmer war.

Es wird Dr. Boehmer zur Last gelegt, daß er von Ende vorigen Jahres bis Mitte dieses Jahres durch Vermittlung seines Witangeklagten, des Bankemissars Bid, für mindestens 3 Millionen Effekten (Wertpapiere), die aus dem Ausland stammten, veräußert und den Erlös im Auftrage der ausländischen Auftraggeber an Inländer ausgehändigt hat. Diese Verkäufe hat er unter dem Namen eines gewissen Munide getätigt, und zwar ohne dessen Wissen auf Grund einer Generalvollmacht, die er von ihm besaß. Dr. Boehmer wird ferner zur Last gelegt, daß er auch auf Grund einer gefälschten Vollmacht auf den Namen eines Kammerpräsidenten des Fürsten von Leiningen und einer nicht existierenden Prinzessin Adolheid Fürstin von Leiningen, Effektenkäufe durchgeführt hat. Weiter sind angeklagt der Prokurist des Bankhauses Wollstein, Bankier Simon, der Bankangestellte Beuter und zwei Frauen K. und S. Der Hauptauftraggeber Gerstner und die anderen Auftraggeber sind

flüchtig. Gerstner stand in Verbindung mit dem bereits aus früheren Devisenprozessen bekannten holländischem Bankhause Mercurius.

Der Angeklagte Dr. Boehmer befand sich früher in ausgezeichneten Vermögensverhältnissen. Ende vorigen Jahres will er mit seiner Familie große Not gelitten haben. Als dann eines Tages, wie er behauptet, der Angeklagte Bid an ihn mit dem Ersuchen herantrat, durch verschiedene Bankhäuser, von denen einige gleichfalls bereits aus früheren Devisenprozessen bekannt sind, Effekten zu verkaufen, willigte er ein. Um selbst im Hintergrunde zu bleiben, entnahm er den Akten eines gewissen Munide, von dem er Generalvollmacht besaß, dessen Voh und wurde unter dem Namen Munide durch Bid bei den verschiedenen Banken eingeführt. Nachdem die von dem angeblichen Munide verkauften Effekten bereits einen zu hohen Betrag erreicht hatten,

fälschte Boehmer mit Wissen des Angeklagten Bid eine Vollmacht auf den Namen des Fürsten Leiningen

und veräußerte von nun an die Effekten auf dessen Konto. Allmählich lernte er auch die Auftraggeber

des Herrn Bid kennen. Als dieser zu hohe Provisionen verlangte, zogen es die Herren vor, von nun an direkt mit Herrn Boehmer die Geschäfte zu machen. Jetzt fälschte er einen Brief, durch den er von der überhaupt nicht existierenden „Adolheid Fürstin von Leiningen“ beauftragt wurde, für sie Effekten zu verkaufen.

Im April wurden die Agenten des Auftraggebers Gerstner verhaftet. Der Angeklagte setzte aber seine Tätigkeit bis zum August fort. Der Versuch, auch durch die Dresdner Bank Effekten zu veräußern, führten zu seiner Verhaftung. Dr. Boehmer behauptet, daß Bid auch selbständig auf die Konten von Munide und Fürst Leiningen Effektenkäufe vorgenommen habe. Daher der hohe Betrag von 3 Millionen Mark veräußert Werte.

Die Angeklagten Bid und der Prokurist des Bankhauses Wollstein, der Angeklagte Wollstein, widersprachen dem Angeklagten Boehmer. Der eine bestritt, die Hauptrolle bei den Schiebergeschäften gespielt zu haben; der andere wollte nicht gewußt haben, daß es sich um strafbare Geschäfte gehandelt habe.

Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

Der Mord an der Vierjährigen

15 Jahre Zuchthaus für Lohse

Das Landgericht II verurteilte den Arbeiter Gustav Lohse wegen Stillschleppens und Totschlags an der vierjährigen Elfriede in Alexanderdorf zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft in Höhe von 1 Jahr und 2 Monaten wurde ihm angerechnet!

Der Prozeß des Arbeiters Gustav Lohse sollte ein Menetekel sein — eine Warnung, endlich mal ernst zu machen mit der Sicherungsverwahrung für gemeingefährliche Verbrecher. War erst das Todesopfer der vierjährigen Elfriede notwendig, damit Lohse unschuldig gemacht wurde? Und weil man ihn nicht zeitigen in eine Anstalt brachte, muß er jetzt ins Zuchthaus, das keine Heilstätte ist. Gerade der Fall dieses krankhaften Menschen beweist, wie unglaublich leichtfertig man unter Umständen mit dem Wohl und Wehe der Kinder umspringt.

Zweimal hatte Lohse wegen Stillschleppens bereits vor Gericht gestanden. Das erste mal erfolgte in der zweiten Instanz ein Freispruch, weil man den Aussagen der Kinder nicht glaubte, während die erste Instanz auf ein Jahr Gefängnis erkannt hatte. Das andere Mal wurde Lohse § 51 zugesprochen, weil das Gericht annahm, er habe die Tat im trunkenen Zustand begangen. Seine beiden Frauen hatten Entmündigungsverfahren angestrengt, ohne Erfolg. Er selbst hatte

darum gebeten, ihn in einer Heilanstalt unterzubringen; er kannte seine Schwächen, er wußte, daß, wenn er getrunken hatte, er nicht mehr Herr seiner krankhaften Triebe und die Kinder nicht mehr vor ihm sicher waren. Die ganze Umgebung wußte, welche Gefahr er vorstellte. So sagte der Gemeindevorsteher vor Gericht: „Wir haben unseren Kindern strengstens verboten, mit Lohse auch nur das geringste zu tun zu haben.“ Der Landjäger hatte keinen Augenblick Zweifel, daß nur Lohse, dessen Neigungen zu Kindern bekannt waren, als Mörder der kleinen Elfriede in Betracht kam. Und der Lehrer hatte beim Verlassen des Gerichtssaals nach der letzten Verhandlung gegen Lohse zu seiner Frau gesagt: „Der tötet noch ein Kind in unserem Dorf.“ Und so kam es. Lohse versuchte immer wieder, die Kinder an sich zu locken; er hatte sogar in seinem Hof ein Korsett aufgestellt.

Die Sachverständigen sprachen ihm diesmal den § 51 nicht zu. Mag Lohse auch ein kranker Mensch sein, der unter einem unwillkürlichen Zwang handelt, an einer Geistesstörung leide er nicht, und während der Tat befand er sich auch nicht in einem pathologischen Kaufzustand. Lohse selbst bestritt am zweiten Verhandlungstage, überhaupt der Täter gewesen zu sein, während er am ersten Tage noch die Möglichkeit zugab. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

Waldbesitz, das Tausenden Berliner Ausflügler die willkommenen und so notwendige Erholung bietet, verhandelt und entwertet werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde (Arfo) hatte für Sonntag eine Protestversammlung nach dem Walde einberufen. Gegen 800 Siedler und Freunde des Waldes waren dem Rufe gefolgt. Die von der Versammlung angenommene Entschließung protestiert in energischer Weise gegen diesen neuen Raub am Berliner Wald. Die Absichten des Fiskus sind um so weniger zu verstehen, als der Verkauf nach den gegenwärtigen Bodenpreisen nur geringen Ertrag bringen wird. Am besten, die Stadt übernehme diese staatliche Enklave in eigenen Besitz.

In wenig Worten

In Rowames haben gestern drei Personen ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht. Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten erhängte sich der Klempnermeister Kurt Lukas aus der Karl-Grühl-Str. 36. Die Ehefrau Meta Adrian aus der Heinestr. 16 beging Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas und der Krankenkassendote Robert Gramppner aus der Wichgraffstraße wurde auf dem Hofe seines Hauses erhängt aufgefunden. Gramppner hatte vorher einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Im Jagd 64 des Brunenwaldforstes wurde gestern nachmittag ein etwa 20jähriger Mann erschossen aufgefunden. Nach dem Befund liegt zweifellos Selbstmord vor. Der Lebensmüde hat die Tat offenbar bereits vor zwei Tagen verübt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach den Personalien des Toten aufgenommen.

Die Bremer Polizei verhaftete einen Mann bei der Ausgabe eines falschen Einmarkstücks und beschlagnahmte in der Wohnung des Festgenommenen Falschmünzengeräte und weitere Falschstücke.

In Bille sind zwei alte Häuser, von denen das eine 1711 und das andere nur wenig später erbaut ist, gestern früh eingestürzt. Der Einsturz ist auf einen Brand zurückzuführen, der in dem einen der beiden Häuser ausbrach. Während dieses Haus überhaupt nicht mehr bewohnt war, konnten sich die Bewohner des anderen — zwei Familien — bis auf einen 52 Jahre alten Mann, rechtzeitig retten. Seine Leiche ist aus den Trümmern geborgen worden. Die Polizei hat nun auch die Nachbarhäuser, die ebenfalls sehr alt und baufällig sind, räumen lassen.

In einem Walde in der Nähe von Rima (Polen) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Dorfbewohnern und zwei Polizisten. Die Dorfbewohner wollten einen Förster, den sie der Erziehung eines beim Holzdiebstahl ertappten Bauern bezichtigten, lynchen. Die Polizisten, die zum Schutze des Försters herbeigeeilt waren, schossen in die Menge: zwei Personen wurden getötet; eine Person erlitt schwere Verletzungen.

lichen Vägen junge Menschen in der bekannten Rajunifform sieht, die, mit dem Hakenkreuz geschmückte Sammelbüchsen in der Hand, die Pasanten anbetteln.

Wir fragen: Hat der Polizeipräsident der NSDAP die Erlaubnis zum öffentlichen Geldsammeln gegeben?

Wenn ja, dann wäre es sehr naheliegend, daß sich alle anderen Parteien auch schleunigst die Erlaubnis dazu geben lassen, um ihren Wahlsond etwas aufzubessern. Ob das Sammeln hierfür Zweck hat, ist eine andere Frage. Denn es hat heute niemand Geld übrig. Und logischerweise wird jeder Wähler nur der Partei etwas zukommen lassen, die er zu wählen beabsichtigt.

Walddraub im Osten

Fiskus will den Wald niederlegen

Nachdem der Fiskus schon vor einigen Jahren die Schönheiten des Erpetales bei Friedrichshagen zerstört hat, geht er jetzt dazu über, weitere Waldteile des Berliner Ostens zu vernichten. Zwischen Köpenick, Uhlenhorst und Mahlsdorf-Süd liegt inmitten Berliner Stadtwaldungen, ein kleiner schmaler Streifen Staatswald, etwa 100 Morgen groß, der niedergelegt und parzelliert werden soll. Damit würde das ganze dortige

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Klasse 21. u. 22. Oktober • Lose bei den staatl. Lottereeinnehmern

Der beste Straßenfänger

Durch 14 Tage, morgens von 8 bis 12 Uhr, gab es im Clois Probestingen der Straßenfänger. Wer seine Sache gut machte, der konnte im Rahmen der Nachmittags- oder Abendvorstellung auftreten und erwarb sich damit die Anwartschaft auf Prämierung bei den Ausschreibungstämpfen. Solch ein Probeengagement hatte ein Kreis- mittagsessen aus einem überdimensional gebauten Erbsentopf im Gefolge, das Auftreten vor Publikum erbrachte dann noch ein warmes Abendbrot und ein paar Marl.

Die bei den Vorkämpfen von Jurg und Publikum Ausgewählten traten nun im Ausschreibungskampf vor die erleuchtete Rampe. Eine halbe Hundertschaft von Straßenfängern und Musikanten, alte und junge, bestritt das hundertbewegte Programm. Künstler der Rot, Heroisch ihre Beste, mit der sie all das niederrangen, was sie der „Kunst“ in die Arme geworfen! Und jeder gab sein Bestes. Studentengruppen sangen heitere Lieder von Liebe, Wein und Wandern, Quartette, Duette und Einzelsänger brachten Volkslieder, feste Schläger und ulkige Kanons zu Gehör. Ein Duo von Glockenspiel und Ziehharmonika gefiel durch die Eigenart der Klangwirkung. Dann kam was Ergreifendes: einer Frau verlagte vor Aufregung die Stimme, es war nicht bloßes Kampensieber, vielleicht mehr die Angst um den Verlust des Preises. Aber sie erhielt ihren Preis und für den ausgestandenen Schrecken noch einen gefüllten Extraktort. Die Preise bestanden in Radioapparaten, warmen Kleidungsstücken und Lebensmittelpaketen. Für die Allerbesten winkte auch noch eine Schallplattenaufnahme.

Erhöhter Zuzuschlag

Auch Aenderung des Tarifs?

Nachdem der Polizeipräsident erst vor einigen Tagen den Antrag der Kraftdrockbesitzer auf Erhöhung des Zuschlages von 15 auf 20 Pf. abgelehnt hatte, hat er dieser Forderung mit Rücksicht auf die inzwischen obermalt erfolgte Erhöhung des Benzinspreises stattgegeben. Bei dem ersten ablehnenden Bescheid war bekanntlich vom Polizeipräsidenten betont worden, daß bei einer nochmaligen Verteuerung des Benzins eine erneute Prüfung der Frage des Zuschlages stattfinden solle. Da der Magistrat der Erhöhung des Zuschlages auf 20 Pf. seine Zustimmung gegeben hat, dürfte die Neuregelung nach Veröffentlichung im Amtsblatt Ende der Woche in Kraft treten.

In Kreisen des Kraftdrockgewerbes befürchtet man übrigens, daß bereits in aller nächster Zeit eine nochmalige Erhöhung des Benzinspreises eintreten wird. Die Junger Vereinigter Kraftdrockbesitzer beabsichtigt überhaupt, dem Polizeipräsidenten in Bälde Vorschläge zur Aenderung des bisherigen Kraftdrocktarifs einzubringen, ohne daß bisher gesagt werden kann, auf welcher Grundlage das Gewerbe sich die Neuregelung des Tarifs denkt.

Erneutes Urteil gegen Conrad

Die 20. Zivilkammer des Landgerichts II hat der Widerklage des Kraftdrockbesizers Spring gegen den Ingenieur Conrad auf Wöschung seines Verbrauchsmusters für die Quadrate und Kreise der Berliner Kraftdrockbesitzer stattgegeben und Conrad die Kosten des Verfahrens auferlegt. In der kurzen mündlichen Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Führmann, daß dem Kraftdrockbesitzer Spring das Interesse an der Widerklage auf Wöschung des Verbrauchsmusters nicht bestritten werden könne. Die Zeichen des Ingenieurs Conrad seien kein als Musterstück eintragungsfähiges Objekt und eine gewerbliche Bewertung derartiger Kreise, Quadrate und Dreiecke sei nicht denkbar.

Sinen 60. Geburtstag begeht am Freitag, 14. Oktober, Genosse Paul Littauer, Schneidemühlener Straße 5. Er war Buchdrucker von Beruf und schloß sich schon in jungen Jahren den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen an. Die sozialdemokratische Fraktion des Bezirks Prenzlauer Berg wählte ihn zu ihrem Vorsitzenden. Ein schweres Verden zwang ihn in den letzten Jahren zur Schonung seiner Kräfte.

Die silberne Hochzeit beging unser alter Parteigenosse und langjähriger Obmann der Zeitungs-Kommission Georg Rübekohl, Ufnauerstr. 9. Georg Rübekohl ist durch seine erfolgreiche Arbeit als Zeitungsobmann und durch seine Tätigkeit in der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin, in deren Aufsichtsrat er berufen wurde, in weiten Kreisen der Berliner Parteiorganisation bekannt geworden.

Heute Montagfiertenausschlag auf der Dela. Die nun schon einige Male auf der Dela durchgeführten Montagfiertenausschläge mit Fallschirmab-

sprung haben bei den Besuchern sich ständig steigendes Interesse erweckt. Die Ausstellungsbesucher werden heute wiederum Gelegenheit haben, zu sehen, wie in dem Wiesental des Terrassengartens die große Ballonhülle von 20 Meter Durchmesser über ein eisernes Herdgerüst gespannt wird, um die in der Ballonhülle befindliche Luft stark zu erhitzen und den Ballon prall zu füllen. Nach beendeter Füllung hängt sich der Fallschirmpilot Conrad an die am Füllkanal befindliche Strickleiter, gibt den Haltemannschaften das Startsignal und der Ballon steigt in etwa 2-3 Minuten auf etwa 300 Meter Höhe.

Hanna und die Männer..

Die Erbschaft aus Holland

Mit einem Erbschaftstribunal arbeitet zurzeit wieder einmal eine Hochkapletin, die schon von verschiedenen Polizeibehörden gesucht wird. Es ist eine Frau, die sich unter falschem Namen Männern nähert und diesen unter der Vorpiegelung, eine beträchtliche Erbschaft aus Holland zu erwarten, größere Geldbeträge abnimmt.

Die Berliner Kriminalpolizei wurde neuerlich von der Hamburger Polizei verständigt, daß die Gaunerin, anscheinend eine Johanna Schäger, auch in Hamburg aufgetreten ist, nachdem sie Berlin verlassen hatte. Johanna Sch. ist eine Frau von ungefähr 40 Jahren und versteht es, Männer an sich zu locken. Denen, die in sie vernarrt sind, erzählt sie, daß ihr Vater kürzlich gestorben sei und daß sie jetzt mit ihrer Stiefmutter, die in Holland lebe, eine gerichtliche Auseinandersetzung über die Aufteilung der Erbschaft habe. Die Gaunerin bringt dabei so überzeugende Argumente vor, daß die Männer zunächst gar keinen Argwohn schöpften. So ließ sich Johanna Sch. lange Zeit hindurch von Männern freihalten, die ihre Wohnung und Kleider usw. bezahlten. Ihre Tätigkeit war ganz ähnlich der der Heiratschwindler. Wenn den Männern die Zeit doch zu lang wurde, während in der angeblichen Erbschaftsangelegenheit nichts geschah, dann war

Drei Frauen — drei Schicksale

Alltägliches von der Not, die nicht mehr auffällt

Durch Blattwert zwangt sich die milde Herbstsonne und hüllt die Gartenbank, auf der drei Frauen Mittagsrast halten, in einen großen Lichtkegel. Und die drei genießen das Helle, Warme, gleich Menschen, die am Erfrieren sind. Aber nicht lange können sie sich diese Wohltat, dann peitscht sie ihr Schicksal wieder zurück zur Gegenwart...

Die Älteste

„Mein Gott, was wird man noch alles erleben müssen“, beginnt die erste. Sie ist alt, weißhaarig, in ihren müden, blauen Augen liegen Sorge und Leid vieler Jahrzehnte. „Auf 34 M. im ganzen Monat haben sie mir glücklich meine Rente herabgedrückt, aber damit ist's sicherlich noch immer nicht zu Ende. Nun, wo ich auch keinen Hauszinssteuererlaß mehr erhalte, kriege ich trotz all meinem Hungern meine Wohnungsmiete von 55 M. nicht mehr zusammen. 25 M. zahlen meine Untermieter für Stube und Küche, nun sind sie beide aber schon so lange arbeitslos, daß auch sie das Geld nicht mehr werden aufbringen können. Schaff' ich es so schon nicht, was soll dann erst nachher werden? Nun leib' ich schon den ganzen Tag über bloß von einem Kämmchen Kaffee mit vier trockenen Schrippen; davon gib's morgens zwei zum Frühstück und abends wieder zwei, Schluß. Zucker und Milch zum Kaffee fenne ich schon überhaupt nicht mehr. Da war ich doch neulich beim Wohlfahrtsarzt, weil ich egal so 'nen Druck auf dem Magen hab'. „Na, na, Sie wollen wohl gar zu schlant werden, Nützchen“, meint der, ein bißchen mehr muß Ihr Magen schon Arbeit kriegen, sonst streift er überhaupt.“ Was sollte ich dem Mann nu darauf erwidern? Der kann mir ja schließlich auch keinen Fußfuß geben, so ging ich eben wieder meiner Wege und dachte mir bloß mein Teil... Dann wollte ich um eine Sonderunterstützung einkommen, weil mein Hauswirt so bedenkliche Augen macht wegen des Mieterstands und ich nicht gerne auf meine alten Tage auch noch auf die Straße fliegen möchte. Da haben sie mich von Pontius zu Pilatus geschickt, und der Schluß war ein Rein...“

Die Mittlere

„Uns geht's auch nicht besser“, erklärt ihre Schicksalsgefährtin, ein altes Fräulein im faden-schneigen Mantel. „Wir sind unser drei

Protest der Straßenhändler

Man will sie mit einer Sondersteuer belasten

Der Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler Deutschlands ist an die Stadt Berlin herangetreten, den Berliner Straßenhandel nach Leipziger Muster mit einer empfindlichen Sondersteuer zu belasten. Als Protest gegen diese Pläne veranstaltete die Gruppe Berlin des Reichsverbandes ambulanten Gewerbetreibender kürzlich in Havellands Festfeste eine machtvolle Protestkundgebung, die dermaßen überfüllt war, daß zwei Paralleloberfahrungen stattfinden mußten.

Der Kampf des lebhaften Handels gegen den Straßenhandel ist nicht neu. Man wirft den Straßenhändlern alles mögliche vor, daß sie unberechtigt in Straßen 1. Ordnung handeln, daß sie die Bürgersteige versperrten, daß sie ungenügend Steuern zahlen, daß sie niedrige Lufkosten haben und vor allem wäre der Straßenhandel eine unhygienische Verkaufsart. Ständig widerlegen die Straßenhändler diese Angriffe. Sie sagen, sie wären 15.000 Händler in Berlin mit ihren Familien, sie lehten 80 Proz. des nach Berlin kommenden Obstes und 70 Proz. vom Gemüse um, sie hätten genau so viele Lufkosten, nämlich nach einer Erhebung des Reichs Ernährungsministeriums durchschnittlich 105 Marl allein an Miete. Steuern zahlten sie ebenso gut wie jeder andere und von den 25 Lebensmittelkategorien, die 1930, und von den 12 Ertränkungen, die 1931 vorgekommen sind, betraf nicht eine einzige den Straßenhandel. Deshalb meinen die Straßenhändler: es ist nur

Konkurrenzneid, wenn ständig die unmotiviertesten Angriffe gegen uns gerichtet werden. Verschiedene Polizeireviere haben übrigens bereits mehrfach ein Einschreiten gegen die Markt- und Straßenhändler abgelehnt, da sie sich nicht fortgesetzt in die Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Händlergruppen mischen könnten.

Natürlich sind gegenwärtig die Streitigkeiten besonders scharf. Die Vorkämpfer und der Abbau der Unterstufen und Renten hat den Konsum von Obst und Gemüse besonders schwer getroffen. So sind die lebhaften Obst- und Gemüsehändler bei der Stadt Berlin vorstellig geworden und haben beantragt, die Straßenhändler in Zukunft steuerlich scharfer heranzunehmen, und zwar nach Leipziger Muster. Dort muß jeder Händler pro Tag und Meter seines Verkaufswagens 50 Pf. bezahlen. Nun sind meist die Wagen 3 Meter lang, kosten also täglich 1,50 M. Steuer, das sind pro Monat schon 45 M. Durch diese Maßnahme ist der Leipziger Straßenhandel fast zum Erliegen gekommen. Nun hat sich allerdings die Stadt Berlin vorerst an den Reichsverband ambulanten Straßenhändler gewandt. Die Antwort haben die Straßenhändler gegeben: einmütig und empört lehnten sie jegliche Sonderbesteuerung ab.

Für die sozialdemokratische Stadivorderordnetenfraktion gab Genosse Robinson die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten im Stadtparlament sich strikte gegen diese Steuer wenden werden.

es Johanna, die ihre Sachen packte und schnellstens verschwand. Sie wanderte dabei von Großstadt zu Großstadt. Abgesehen von der Befreiung ihres Lebensunterhaltes hat sie es außerdem noch verstanden, zahlreiche Männer zur Hergabe von „Prozeßkosten“ zu veranlassen. Die Besuche ist etwa 1,52 groß, von kräftiger Figur und vollem, blaßem Gesicht. Sie hat braune,

stechende und tiefliegende Augen und schwarzes krauses Haar. In einem Bus zeigt sich eine lange Narbe, die die Frau sich bei einem Selbstmordversuch zuzog.

Das Bauhaus in Berlin

Das Bauhaus wird, wie jetzt feststeht, seine Lehr- und Arbeitsräume nach Berlin-Steglitz, Ecke Siemens- und Birckbuschstraße, verlegen. Das Wintersemester beginnt am 25. Oktober. Die Leitung hat Wies van der Rohe.

Revision eingelegt. Genosse Eger-Deffau teilt uns mit, daß er gegen das Urteil in seinem Reichswehrprozeß Revision eingelegt hat.

Heil Rosenknecht! Eine Kleine Anfrage des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schepmann (Nr. 337) fragt: „Ist das Staatsministerium bereit, das dem Seminaroberlehrer Rosenknecht zugewiesene Unrecht wieder gutzumachen und ihm endlich die seinem Dienstalter und seinem Können angepäßte, vom Kultusministerium zugewiesene Anstellung zuteil werden zu lassen?“ — Sage noch einer, daß die Nazis Raffensurrogate haben!

Eine Führung durch Alt-Berlin (Schindlersches Waisenhaus, Postamt-Haus, Kofokowinkel, Amanns 1000-jähriger Stammtisch) macht Dr. Franz Lederer Sonntag, 16. Oktober, 10 Uhr, Hausvogtelplatz.

„Von Keller zum Söller“. Das Bezirksamt Schöneberg veranstaltet am Sonntag, dem 16. d. M., eine Führung durch das Neue Rathaus am Rudolph-Wilde-Platz mit anschließender Besteigung des Rathauses. Treffen um 10 Uhr im Zimmer 67 des Neuen Rathauses. Teilnahme 25 Pf. Turmbesteigung 10 Pf. Zuschlag.

Die „Plaza“ bringt vom 16. bis 31. Oktober die Operette „Die Dollarprinzessin“, Musik von Leo Fall, in der Rotter-Inszenierung zur Ausführung. Heidi Eisler und Franz Heigl sind von ihrem Urlaub zurückgekehrt und werden in dieser Operette wieder tragende Rollen verkörpern.

Wetterausichten für Berlin: Teils mäßig, teils heiter ohne nennenswerte Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Größtenteils Fortdauer des milden Wetters bei wechselnd bewölktem Himmel, im Südwesten Aufheiterung. Nirgends Niederschläge von Bedeutung.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Die Ziehung der 1. Klasse beginnt am 21. Oktober d. J., also in der nächsten Woche.

Der Wert des Markennamens. Wenn Sie einen Gegenstand kaufen, dessen Qualität Sie als Bate nicht beurteilen können, bleibt Ihnen als einzige Gewähr für gute Qualität, also für günstigen Einkauf, der Ihnen bekannteste Markenname. Osram als älteste Glühlampenfabrik Europas hat ihrem Markenname Weltgeltung verschafft. Wühin werden Sie Osram-Lampen kaufen, wenn Sie Glühlampen hoher Güte erhalten wollen. Die Güte der Lampe ist viel wichtiger als ihr Preis, weil sich die Beleuchtungskosten um so niedriger stellen, je besser die Glühlampe ist.

Kaufen Sie Lampen mit dem Stempel



dieser garantiert die bekannteste Lichtfülle!

Erhältlich in den OSRAM-Verkaufsstellen.

OSRAM

Ankurbelungspläne im luftleeren Raum

Die Gefahren des Gereke-Programms

Die Deffentlichkeit wird wieder einmal mit unklaren Andeutungen über Wirtschaftspläne, die ihre Phantasie anregen sollen, in Atem gehalten. Die Reichsregierung berät über gewisse Kredit-hilfen an die Gemeinden zum Zweck der Arbeitsbeschaffung und diese Pläne werden vielfach in Zusammenhang mit dem sogenannten Gereke-Plan gebracht. Ein nach Sensationen haschendes Boulevardblatt brachte sogar in großer Aufmachung die Meldung, daß nach diesem Plan zwei Millionen Arbeitslose beschäftigt werden könnten. Was hat es nun mit dem Gereke-Plan für eine Bewandnis und was haben die Beratungen der Regierung damit zu tun?

Der Gereke-Plan ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der unter dem Vorsitz Gerekes stehende

preußische Landgemeindenverband

im Sommer dieses Jahres ausgearbeitet hat. Es handelt sich dabei, um es vorweg zu sagen, um einen ausgesprochenen Inflationsplan. Ausgehend von der in der Tat unerträglichen Notlage, in die viele Gemeinden durch die katastrophale, jahrelange Arbeitslosigkeit eines großen Teiles der Gemeindeangehörigen geraten sind, wird ein umfassendes Programm für die Durchführung öffentlicher Arbeiten aufgestellt, die von einer zentralen Stelle dirigiert werden sollen. Soweit ist gegen den Plan nichts einzuwenden, deckt er sich vielmehr im Prinzip mit den freigewirtschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen auf Arbeitsbeschaffung, die ebenfalls die zentrale Arbeitsbeschaffung gegenüber der privatwirtschaftlich eingestellten, angeblichen Arbeitsbeschaffung durch die Regierung Papen anstreben.

Entscheidend aber ist die Finanzierungsfrage.

Und hier verfällt der Gereke-Plan einem ungehemmten Inflationismus. Es gibt für ihn nur eine einzige Finanzierungsquelle, und das ist die Reichsbank, und es gibt für ihn nur eine einzige Schranke für die Notenpresse, und das ist der Augenblick, wo sämtliche Arbeitslose durch zinslose Kredite der Reichsbank für Arbeitsbeschaffungszwecke Beschäftigung gefunden haben. Soweit wie der Gereke-Plan ist überhaupt noch kein Inflationsplan gegangen, daß er sich vorgestellt hätte, man könnte soviel Geld drucken, daß 5-6 Millionen Menschen auf diese Weise Beschäftigung finden.

Es erübrigt sich, über den Gereke-Plan selbst viele Worte zu verlieren. Es ist schon so oft auf die ungeheuren Gefahren einer wilden Noten-druckerei, die alle Schrecken der Inflation wieder aufleben lassen würde, hingewiesen worden, daß

die Anfinnigkeit dieses ganzen Planes offen zulage

liegt. Und es versteht sich auch von selbst, daß keine Regierung, die sich nicht mit Haut und Haaren den Nazis verschrieben hat, es wagen könnte, an die Ausführung eines solchen Planes zu gehen.

Wenn in den letzten Tagen immer wieder die

Rede davon war, daß die Regierung sich mit dem Gedanken des Gereke-Planes beschäftigt, so wurde in Wirklichkeit nur eine unberechnigte Reflexion für den sehr ehrgeizigen Herrn Gereke getrieben. Denn was in Wirklichkeit beraten wird, ist etwas ganz anderes. Man beschäftigt sich im Kabinett mit dem Gedanken, den Sparkassen die Erlaubnis zu geben,

den Kommunen Kredite in der Gesamthöhe von einigen hundert Millionen Mark zu Arbeitsbeschaffungszwecken

zu gewähren. Die Kredite sollen niedrig verzinslich sein, wozu die Sparkassen aber nur dann in der Lage wären, wenn das Reich gewisse Zinszuschüsse gibt. In der Praxis würde das bedeuten, daß das seit dem August vorigen Jahres bestehende Verbot der Gewährung von Sparkassenkrediten an Kommunen für einen begrenzten Betrag wieder aufgehoben würde.

Andererseits ist nicht anzunehmen, daß die Sparkassen die für diese Zwecke erforderlichen Mittel in der nächsten Zeit in voller Höhe durch Einlagenüberschüsse und Zurückzahlung anderer Kredite flüssig machen können. Sie müßten sich also bis zu einer gewissen Höhe bei der Akzeptbank weiter verschulden und es könnte ein Teil dieser Kredite bei der Reichsbank landen. Immerhin macht es einen ganz entscheidenden Unterschied aus, ob die Reichsbank für viele Milliarden Banknoten druckt und den Kommunen zinslos zur Verfügung stellt — und es wären ja viele Milliarden notwendig, um auf diesem Wege sämtliche Arbeitslosen oder auch nur einen großen Teil der Arbeitslosen wieder einzustellen — oder ob den Sparkassen innerhalb be-

stimmter Grenzen wieder erlaubt wird, den Kommunen Kredite für produktive Zwecke zu gewähren und die Reichsbank daraus eine Belastung von mehreren hundert Millionen erfährt.

Die Bedenken, die gegen diesen Plan bestehen, richten sich daher auch weniger gegen die Beanspruchung der Reichsbank, solange sie sich in bescheidenen Grenzen hält, als

gegen die Belastung der Sparkassen mit neuen Krediten

in einer Situation, in der die Sparkassen noch mitten in der Arbeit sind, nach der Bankenkrise des vergangenen Jahres ihr Fundament wieder zu untermauern. Denn obwohl seit August bei den Sparkassen ein sehr beschleunigter, aber echter Einzahlungsüberschuss (d. h. ohne Einrechnung der Zinsgutschriften) vorhanden ist, schleppen die Sparkassen doch noch eine Schuldenlast von ungefahr einer Milliarde Mark an die Akzeptbank mit sich, die sie erst allmählich werden tilgen können.

Eine weitere Steigerung dieser Schuld wäre durchaus unerwünscht.

So richtig der Gedanke also auch ist, den schwer notleidenden Gemeinden Kredite für Arbeitsbeschaffungszwecke zu geben — was an sich, um es nochmals zu betonen, mit dem Gereke-Plan gar nichts zu tun hat —, so müßte doch nach Wegen gesucht werden, die den Gesundungsprozess der Sparkassen nicht erschweren. Man könnte hier beispielsweise an den Weg über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die Bau- und Bodenkant oder andere öffentliche Kreditinstitute denken.

Papens Optimismus

Echter Rückgang der Arbeitslosigkeit? — Konjunkturwende?

Herr von Papen hat in München von neuem seinen unverwundlichen, fast möchte man sagen forschenden Optimismus zur Schau getragen. Das ist sein gutes, privates Recht. Wenn er uns aber mit Begründungen für diesen Optimismus kommt, dann darf er von uns nicht jenen blinden Glauben verlangen, den er an Hitlers Gefolgschaft so scharf geübt hat.

Zunächst hat Herr von Papen auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit

im September hingewiesen, der in großem Gegensatz zu der Entwicklung im Septembermonat des Vorjahres stünde; dieses Jahr ein Rückgang um 123 000, im Vorjahr eine Zunahme um 140 000. Wenn auch verschiedene Faktoren zusammengewirkt hätten, so sei doch „dieser Erfolg hauptsächlich in erster Linie auf das Konto der psychologischen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms zu verbuchen“.

Allgemein kann man sagen, daß Herr von Papen in der Beurteilung der Arbeitslosenziffern „päpstlicher als der Papst“, nämlich die Reichsanstalt gewesen ist. Aus dem Bericht der Reichsanstalt spricht fast in jedem Satz die Befürchtung, er könnte zu günstig beurteilt werden. Hier heißt es: „Saisonmäßige Einflüsse, die Maßnahmen der Reichsregierung und in beschränktem Umfang noch die bekannten Änderungen des Unterstützungsrechtes haben zu dieser Entwicklung des Zahlenbildes beigetragen“. Also „in erster Linie“ die Saisoninflüsse, und drittens die Änderungen des Unterstützungsrechtes, und zweitens und nicht „hauptsächlich“ die Maßnahmen der Reichsregierung!

Ob die „bekannten Änderungen des Unterstützungsrechtes“ stark oder „in beschränktem Umfang“ wirksam waren, das gerade ist eine unter den Sachverständigen

heiß umstrittene Frage.

Leider liegen für Ende September weder die Feststellungen der Gewerkschaften noch die der Städte vor. Aber vergleichen wir einmal die Entwicklung von Ende Juli zu Ende August. Im August hat sich die Zahl der gezählten Arbeitslosen sogar um fast 170 000 vermindert. Keine amtliche Stelle hat zu bestreiten gewagt, daß dieser Rückgang lediglich auf die Änderungen des Unterstützungsrechtes zurückzuführen sind.

Die Reichsanstalt hat im August allein 215 000 Wohlfahrts-erwerbslose weniger gezählt, weil sie über 60 Jahre alte Leute und früher Selbständige (Handwerker, Kaufleute) nicht als solche anerkennt. Zur gleichen Zeit sind aber zehntausende von Kriegenempfängern in die Wohlfahrt übergegangen. Des Rätsels Lösung ist die, daß die nicht mehr „anerkannten“ Wohlfahrts-erwerbslosen und eine große Zahl anderer sich einfach nicht mehr auf dem Arbeitsamt melden. Die Arbeitsamtsstatistik ist unter diesen Umständen nach dem Urteil des Deutschen Städtetages mindestens für eine Reihe von Monaten unbrauchbar geworden. Tatsächlich zeigt die Gewerkschaftsstatistik auch für August eine, wenn auch geringe, Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Wie stark die Verschlechterung des Unter-

stützungsrechtes im September auf die Statistik eingewirkt hat infolge Zunahme der Zahl derer, die sich nicht melden, wird vielleicht nie festzustellen sein. Unter allen Umständen steht fest, daß die tatsächliche Besserung auch nicht annähernd dem Rückgang der Arbeitslosenziffer entspricht.

Ferner will der Optimismus des Herrn von Papen in einem anderen Punkte Recht behalten, nämlich in der

günstigen Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Rohstoffpreise hätten sich nach den unvermeidlichen Rückschlägen behauptet. „Auch sonst dauerte die erkennbar weltwirtschaftliche Besserung an.“

Leider hat Herr von Papen zu diesem „Auch sonst“ weiter keine Ausführungen gemacht, was wir sehr bedauern, da wir eben den blinden Glauben von Hitlers Gefolgschaft zu Herrn von Papens Einsicht nicht haben können. Mit der Behauptung von den „behaupteten Rohstoffpreisen“ darf man es nach der Entwicklung der letzten Wochen und Tage auch nicht so genau nehmen. Denn alle Rohstoffpreise gehen jetzt mehr oder minder stark zurück, bei Kaffee angefangen über Wolle, Baumwolle, Jute zu Getreide und Metallen. Daß die „statistische Lage“ auf den Weltmärkten, das Verhältnis von Borräten und Produktion zum Bedarf, denkbar schlecht und keineswegs gebessert ist, das ist an dieser Stelle erst vor kurzem ausgeführt worden.

Und sonst? Nirgends in der Welt glaubt man mehr an den bevorstehenden Umschwung. Dafür nur ein Beispiel: die optimistische Stimmung unter den Kapitalisten hatte ihren Ausgangspunkt in den Vereinigten Staaten, in der großzügigen Kreditausweitung. Man hatte gehofft, daß von hier aus die „Deflation“ in der Weltwirtschaft, die Senkung des Goldwertes und die Hebung der Warenpreise erfolgen könnte. Diese Hoffnung hat getrogen — die Kurse an der New Yorker Börse sind gegenüber dem in diesem Jahre erreichten Höchststand wieder um 40 Proz. zurückgegangen!

Diese Tatsachen widersprechen allzusehr dem optimistischen Glauben des Herrn v. Papen an die Kraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diesem Optimismus gegenüber ist die größte Steppis geboten. Die Voraussetzungen für Papens Wirtschaftsprogramm waren und sind nicht gegeben.

Zölle! Zölle!

Polen stockt seine Zollmauern auf

Der neue polnische Zolltarif ist jetzt nach monatelangen Vorbereitungsarbeiten veröffentlicht worden. Dieser neue Tarif, der die schon sehr hohen Zollmauern, die in Polen besonders für Industrie-waren errichtet sind, noch weiter aufstößt, soll jedoch erst nach einem Jahr in Kraft treten. In der Zwischenzeit will die polnische Regierung durch handelspolitische Verhandlungen

mit dem Auslande seine Außenhandelsbeziehungen neu regeln.

Der Tarif weist zwei Gruppen von Zöllen auf, den sogenannten Normalzoll und den Maximalzoll. Der Maximalzoll ist noch mit einer Sonderbelastung von 25 Proz. versehen und findet auf die Länder Anwendung, die keinen Handelsvertrag mit Polen abgeschlossen haben. Dies gilt u. a. für Deutschland, das sich seit nunmehr sieben Jahren im Zollkrieg mit Polen befindet. Bei der augenblicklichen Richtung unserer Handelspolitik ist allerdings kaum damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit ein Vertrag mit Polen zustande kommen wird.

Schwere Exportverluste

Der britische Außenhandel bleibt schlecht

Die Entwicklung des englischen Außenhandels bildet nach wie vor eine schwere Sorge der britischen Wirtschaft. Der jetzt vorliegende Bericht des britischen Handelsamtes weist für den Monat September ein weiteres Sinken der Ausfuhr von 28,5 Millionen Pfund im August und 29,3 Millionen Pfund im Juli auf nur noch 26,2 Millionen Pfund Exportwert auf. Die Einfuhr nach England hat sich aus Saisongründen im Berichtsmontat etwas erhöht und beträgt knapp 55 gegen 54 Millionen Pfund im vorhergehenden Monat.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres ist im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres der Export von 292,3 auf 271 Millionen Pfund gesunken. Dieser Rückgang erscheint im Hinblick auf die allgemeine Schwumpfung des Welthandels auf den ersten Blick gering. Schaltet man aber die im September 1931 vorgenommene Abwertung des englischen Pfundes ein und rechnet diese Ziffern auf Goldwährung um, so ergibt sich als Exportwert vom Januar bis September d. J. nur ein Betrag von 3,93 Milliarden Goldmark gegen 5,84 Milliarden Goldmark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Danach ist der Wert der englischen Ausfuhr um nahezu 33 Proz. zurückgegangen.

Die Einfuhr hat sich von Januar bis September infolge der eingeführten Hochschutzzölle von 630,3 auf 520,2 Millionen Pfund verringert. Der Einfuhrüberschuss Englands beträgt bisher im laufenden Jahr rund 249 Millionen Pfund, die bei einem Durchschnittswert von 15 Goldmark je Pfund einem Einfuhrüberschuss von 3,73 Milliarden Goldmark entsprechen.

Englands Arbeitslosigkeit

Auch im September unwesentliche Entlastung

Die Arbeitslosigkeit in England, die jetzt nur noch monatlich vom Arbeitsministerium veröffentlicht wird, ist im September zum erstenmal seit langer Zeit nicht mehr gestiegen. Andererseits ist auch keine Entlastung eingetreten, denn die Abnahme der Arbeitslosen betrug nur 1817 Personen. Die Gesamtarbeitslosigkeit in England umfaßt danach immer noch mehr als 2 855 000 Personen.

Im September jährte sich zum erstenmal die Aufhebung der Goldwährung in England, von der man sich in britischen Industriekreisen eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes versprochen hatte. Auch die Einführung von Hochschutzzöllen, die England in kurzen Etappen von November 1931 bis zum April d. J. durchsetzte, sollte nach der Ansicht der Schutzöllner mehrere hunderttausend Erwerbslose wieder in den Betrieb zurückbringen.

Diese Blütenesspäße sind schnell zerstoben. Weder die Pfundabwertung, noch die Zollpolitik haben den englischen Arbeitsmarkt zu bessern vermocht, im Gegenteil liegt die Arbeitslosenziffer Ende September um rund 33 240 Personen höher als vor einem Jahre, und wenn man die verschärfsten Unterstützungsbestimmungen in Rechnung stellt, dürfte die Gesamtzahl der Erwerbslosen um 300 000 Personen höher liegen als im Herbst 1931.

Russischer Großauftrag

Der Stahlwertsoerband teilt mit, daß er aus Sowjetrußland einen neuen Auftrag auf Walzwerkzeugnisse erhalten hat, und zwar handelt es sich um 40 000 Tonnen Stabeisen und 15 000 Tonnen Formeisen und Halbzeug, die ab sofort geliefert werden sollen.

Neueinstellungen bei Siemens. Die Telephon-Apparaturfabrik G. Zwietsch u. Co., G.m.b.H., Berlin, ein Konzernunternehmen von Siemens, konnte seit Juli 400 Arbeiter neu einstellen. Die bessere Beschäftigung hängt mit Aufträgen im Rundfunkgeschäft zusammen.

Nicht grübeln! — Frohe Gedanken fassen und Kaffee Hag trinken! Das schafft's!

Leichte Belegung

Beschäftigungsgrad im Maschinenbau

Die Lage im deutschen Maschinenbau hat sich nach dem jetzt vorliegenden Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten im Monat September etwas gebessert.

Die Antragsstätigkeit der inländischen Kundschaft war lebhafter als in den vorhergehenden Monaten. Es zeigte sich darin der zweifellos vorhandene Bedarf an Maschinen zur Erneuerung und Ergänzung der Betriebseinrichtungen. Allerdings war der Schritt von der Anfrage zur Auftragserteilung auch im September noch verhältnismäßig selten. Der Bestand an neuen inländischen Aufträgen blieb daher auch im Berichtsmontat nach wie vor ungenügend.

Auch im Exportgeschäft war zunächst eine erhöhte Zahl von Anfragen der Auslandskundschaft festzustellen. Gegen Ende des Monats machte sich aber die Beunruhigung der ausländischen Käufer über die geplanten deutschen Kontingentierungen bei der agrarischen Einfuhr in starkem Umfang störend bemerkbar.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit hat gegenüber dem vorhergehenden Monat von 39 1/2 auf 40 Stunden zugenommen. Von den Firmen, die bisher noch 48 Stunden arbeiteten, hat ein Teil die Arbeitszeit herabgesetzt. Der Beschäftigungsgrad, der im gesamten Maschinenbau im Juli 30 Proz. und im August 31 Proz. der Normalbeschäftigung betragen hatte, erhöhte sich im September auf 32 Proz.

Um die noch unsicheren und unentschiedenen Ansätze zur Besserung der Konjunktur zu einem wirklichen Aufschwung auszugestalten, fordert der Bericht dieses größten Unternehmerverbandes der verarbeitenden deutschen Industrie, daß die einheitliche Linie des Ankurbelungsplanes erhalten bleibt. Dies ist nochmals eine unzweideutige Aufforderung an die Regierung, von dem ebenso nutzlosen wie in ihren Folgen für den deutschen Export unabsehbaren Agrarkontingentierungen die Hände zu lassen.

IRMGARD KEUN: Gültig eine von uns

391

„Ja, das tut er wohl.“ Die Blonde steht auf, tritt zum Fenster. Spricht leise und langsam: „Ich bin nicht gut. Was weiß denn so ein dummes Mann? Ach Gilgi, was habe ich manchmal für häßliche, feindliche Gefühle gehabt. Wie habe ich ihn gehaßt, als ich merkte, daß das zweite Kind kam. Wie habe ich ihn manchmal gehaßt, wenn ich im Spiegel sah, daß von der heiß geliebten Schönheit nichts mehr übrig war — welke graue Haut, schlaffe Mundwinkel, unklare Augen — ach, widerspricht nicht, Gilgi — ich weiß schon, wie ich aussehe und hab' mich damit abgefunden. — Und wie habe ich ihn manchmal verachtet, wenn ich merkte, wie er so oft etwas falsch und ungeschickt anfangt und immer tiefer in Armut und Elend hineintappte und uns mitzog. Ich habe sehr bittere und sehr häßliche und sehr, sehr ungerechte Gefühle gehabt, Gilgi — und ich wußte auch, daß sie häßlich und ungerecht waren — aber ich konnte mich nicht immer gegen sie wehren. Nur hab' ich sie nie nach außen dringen lassen und immer in mich hineingefressen. Oh, ich vergesse nie — bei dem zweiten Kind — wie ich da in dem Bett da lag — die Beine hatten zu früh angefangen — den Leib zerriß es mir — ich schrie, schrie, schrie — und der Hans sah vernünftig und ahnungslos mit ein paar Bekannten hinten in einer Wirtschaft beim Bier. Der arme Kerl! War selten genug, daß er mal eine einigermaßen frohe Stunde hatte, und wissen konnte er ja nicht, wie's mir ging — aber ich war wie von Sinnen. Die Schmerzen, Gilgi! — ich dacht', ich würd' wahnsinnig — da hab' ich ihn gehaßt, du — ermorden häßt' ich ihn können. — du Vieh — dacht' ich nur immer — du Vieh, du Vieh — das ist deine Schuld, deine Schuld, daß ich hier so liege. Ja, und nachher, Gilgi — als er an meinem Bett lag — da hab' ich ihm nur übers Haar gestrichen und seine Hand geküßt — und das war so etwas wie Um-Verzeihung-bitten und Wiedergutmachungswollen und ein ganz kleines bißchen Lüge und Unehrllichkeit. Rein, Gilgi, ich bin nicht gut — der Hans ist viel, viel besser als ich. Weißt du, ich liebe die Kinder über alles — ich würde auch für den Hans alles tun, ich würde sterben für ihn, — aber ob ich ihn noch liebe — das weiß ich nicht. Ich glaube, ich bin zu müde geworden, um einen Mann zu lieben. Ich weiß ja, wie schwer er es hat und wie er sich müht und wie gut er ist — aber ich beneide ihn doch unlagbar, daß er was tun und unternehmen kann, während ich hier still und tatelos sitzen muß. Nichts hat mich wohl mehr aufgerieben als dieses jahrelange hilflose, ohnmächtige Warten.

Und Gilgi! — noch leiser wird Herthas Stimme — „da — in dem kleinen schmalen Bett schlafen wir zusammen — und jeden und jeden Abend, wenn es dunkel wird, packt mich schon Ekel und Angst — mein Körper ist so müde geworden — ich vertrage es nicht mehr, daß man ihn berührt. Früher war das mal anders — aber Krankheit, Müdigkeit und die ewige Angst vor dem Kind — das alles hat wohl gemacht, daß mir — das — eine Qual ist, eine entsetzliche Qual. Und ein Mann ist ja so dumm und fühlt nie, was in einem vorgeht. Manchmal denk' ich — wenn er warten würde und mich in Ruhe ließe, bis ich von selbst vielleicht — einmal deutete ich ihm das an — da brach er mir fast zusammen und weinte: ich bin dir zuwider, du liebst mich nicht mehr. Sogar versteht ein Mann eben nicht, der setzt mit der naivsten Selbstverständlichkeit die eigenen Gefühle beim andern voraus — na, was soll' ich machen — ich mußte ihm doch den Glauben an meine Liebe lassen — er ist so gut und hat ja nichts als den Glauben an meine Liebe zu ihm, der hält ihn — und wie darf ich ihm denn den nehmen? Und schließlich seh' ich ja auch ein, daß ein Mann das braucht. Aber es ist mir so ekelhaft und so ein Opfer. Und ich küsse ihn dann und leg' ihm die Arme feier um den Hals, nur damit er nicht merken soll, wie ekelhaft er mir in solchem Augenblick ist und wie ich ihn dann hasse. Und ich würde so gern manchmal nur ganz still und zärtlich neben ihm liegen und hab' dann so gute, weiche Gedanken und streiche sein Haar und leg' mein Gesicht an seins und bin so dankbar und glücklich, wenn er mich nur ganz sanft und lieb auf den Mund küßt — und hab' doch gleich schon wieder Angst und bete richtig: lieber Gott, lieber Gott — jetzt nicht das andere, nicht das andere — und weiß ja, es ist gar nicht anders möglich — und ich bin dann doch jedesmal wieder so bitter, bitter enttäuscht und möcht' weinen und schreien und ihm drei Mark in die Hand drücken, damit er zur nächsten Hure laufen

kann und mich in Ruhe läßt. — So gemein bin ich und so wenig gut, Gilgi. Siehst du nun ein, daß ich es nicht vertragen kann, wenn du mich gut findest?“

Gilgi geht zu ihr, legt ihr den Arm um die Schulter — „wenn du fortgingst von ihm, Hertha?“

„Oh, Gilgi — du mußt mich richtig verstehen — ich könnte so wenig von ihm fortgehen, wie ich von den Kindern fortgehen könnte. Ich hänge an ihm, wie ich an den Kindern hänge. Ob das vielleicht noch Liebe ist — oder was sonst für ein Gefühl, das mich unlöslich an ihn bindet — das weiß ich nicht.“

„Hertha — wird alles besser werden. Ich werde sorgen, daß du einen Kinderwagen bekommst und wir werden rausfahren mit den Kindern, und du wirst wieder hübsch werden...“

„Du bist lieb — Gilgi — ich freue mich. Du hast mich trotzdem gern, nicht wahr? Das ist so schön. Ich möcht' gern eine Freundin haben. — Hör' Gilgi, ich sag' dir eins — noch

ist's Zeit für dich — und wenn's dir jetzt noch so gut geht: schaff' dir Selbständigkeit und Unabhängigkeit — dann kannst du einen Mann lieben und dir die Liebe erhalten. Sorg' rechtzeitig, daß du nie eines Tages so hilflos und wehrlos dastehst wie ich...“

„Hertha, es wird doch alles besser werden.“
„Besser werden!“ Die Blonde lächelt matt — „Ich werd' nun wohl noch das dritte Kind bekommen, Gilgi. Grotest, was? Ist bald zum Lachen. Besser werden? Ach, für mich selber wünsch' ich nichts mehr — nur Kraft zum Durchhalten — sonst will ich alles nur für meine kleinen Kinder und für den Hans — ja, für den auch.“

„Hertha — mein Gott — das Kind darfst du doch nicht bekommen!“

„Muß ich ja wohl schon, Gilgi — oder glaubst du, ich könnt' damit zur Ortskrankenkasse laufen? Sag' nur dem Hans nichts, der braucht's noch nicht zu wissen — der ist schon so furchtbar runter mit den Nerven und hat Sorgen genug.“

„Oh, Hertha, ich werde dir helfen — ich werd' überlegen — ich will dir helfen — ich werde oft zu dir kommen.“

„Ja, komm' zu mir, Gilgi. Aber — sag' mal — du siehst auch nicht so aus, als wenn alles in Ordnung wär' in deinem Leben?“

„Ach, Hertha — ich bin gar nicht so wichtig.“

„Du dummes Kind, als wenn nicht jeder für sich das Wichtigste wär'! Eigner Zahnschmerz tut immer noch mehr weh als fremder Beinbruch.“

Die kleine Frau Gilgi geht durch die Straßen — geht, geht, geht — ist so müde

und geht immer weiter — ziellos immer weiter. So schwere Füße — und Steine auf der Brust und Steine auf den Schultern. Und man muß helfen — ich hab' mal gedacht, es genügte, sich allein durchzubringen und sich selbst nicht helfen zu lassen. Ich wollte mich freikaufen, indem ich mir selbst nicht helfen ließ — aber jetzt weiß ich, daß man helfen muß — und wenn von einem selbst überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Wieviel Geld habe ich noch? Ich brauche es ja eventuell für den Arzt und die Klinik. Ob ich ihr das Geld geben soll? Damit sie das Kind nicht zu kriegen braucht? Ja, und ich! Ich kann das doch nicht verantworten. Ich mit einem Kind! Und Martin! Es wird uns so gehen, wie es dem Hans und der Hertha geht — oh, mein Gott — ist man denn so abgrundtief egoistisch, daß einen ehrlichstes Mitleid mit andern immer wieder zu sich selbst führt? Ach, es geht ja auch gar nicht um mich — aber was würde aus Martin? Was? Und alle Liebe und alles Schöne und Gute ginge entzwei. Ich liebe ihn doch, weil er so unbefähigt und glücklich und jugendlich ist. Und wenn ich noch lange bei ihm bleibe, dann ist auf einmal kein Geld mehr da — und dann gehen ihm alle seine Freuden entzwei — und dann wird alles so schrecklich... Gibt es denn keinen Ausweg? Was soll ich denn tun? Was soll ich denn — tun?... und nicht einmal das hat sie mehr, die Hertha, daß sie den Mann ganz und gar liebt, an den sie gebunden ist — nicht einmal das! Lieber möcht' ich tot sein, als aufhören, Martin zu lieben. — — Aber ich muß ihr helfen — ja, ich muß. —
(Fortsetzung folgt.)

Die Konfiskation

Ein bürokratisches Genrebild / Von Jaroslav Hajek

Vor dem Pressenat wurde loben über einen Refers gegen die Beschlagnahme einer Broschüre verhandelt. Die Staatsanwaltschaft sah in der Broschüre ein Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Die Mitglieder des Senats saßen hinter einem langen Tisch. Auf dem Platz, wo sonst der Beobachter zu stehen pflegt, verteidigt der junge, begeisterte Autor, Schriftleiter einer sozialistischen Tageszeitung, seine Broschüre.

Er plätschert im Fluß seiner Rede und spricht wie mit Engelszungen; erklärt die Bedeutung der Revolution und Evolution, behauptet, daß gerade dieser und dieser Satz niemals aufreizend wirken könne, da es sich um einfache Zitate aus der Geschichte, wie sie überall in den Schulen gelehrt werden, handle.

Der Vorsitzende des Senats schaut ihn an, hört ihn aber nicht.

Im Verlaufe seiner langjährigen Praxis hatte er gelernt, dem Redner auf den Mund zu sehen, ohne ihn zu hören.

Der Herr Vorsitzende guckt und guckt und denkt an ganz andere Sachen.

Der Begeisterte, der seine Sache verteidigt, denkt sich, daß es den Herrn Vorsitzenden besonders interessiere und öffnet um so mehr die Schließen seiner Beredsamkeit, spricht befeelt und blickt dabei dem Herrn Vorsitzenden ins Gesicht, der gerade darüber nachdenkt, was eigentlich heute früh dem Kaffee gefehlt haben mochte. Die Schlagfahne sei gut gewesen, sagte die Frau, der Kaffee wie gewöhnlich frisch aus der Brennerlei, guter Kölner Feigenkaffee, und doch war der Kaffee nicht so wie sonst.

Der Vorsitzende schaut auf seinen Nachbar, den Richter und zweites Mitglied des Senats.

Dessen Augen sprechen deutlich, daß ihm die Einwände zu lang erscheinen und es daher notwendig sein wird, ein kleines Schlüpfchen zu machen. Er stützt den Kopf auf, damit es aussehe, als verleihe er den Text der beschlagnahmten Broschüre und stellt, damit er nicht gesehen werde, eine Mauer von Gesehbüchern vor sich auf.

Nicht lange zuvor, denn das dritte Mitglied des Senats pufft ihn in die Seite und flüstert: „Jetzt schicks mich wieder im Rücken, Herr Kollege.“

Der Arme hat Rheumatismus und muß sich in den Sessel zurücklehnen, was ihn verhindert, die Augen zu schließen, ohne daß es der Redner sehen würde.

Er sieht gequält drein, gähnt und stiert auf die Altan vor sich. Er hat einen Hund aufgezeichnet und radirt nun langsam Schwanz, Beine und Kopf weg.

Der schwärmerische Autor aber redet und redet, verteidigt mit viel Scharfsinn seine Sache, während auf der anderen Seite das vierte Senatsmitglied gähnt, sich über den Vorliegenden hinwegbeugt und dem zweiten Senatsmitglied die Mauer der Gesehbücher wegnimmt. „Gestatten Sie, Herr Kollege!“ sagt der Gescheite noch.

Der andere wackelt auf und blickt mit weit aufgerissenen Augen auf den gegen die Konfiskation Berufung Einlegenden, wie die Bezeichnung eines solchen Kerls in der Amtssprache lautet.

Das vierte Senatsmitglied baut nun feierlich mit Hilfe der Gesehbücher eine Mauer vor

sich auf, stützt den Kopf in die Hand und schlummert.

So ein Schlüpfchen schaut nur auf den ersten Blick unruhig aus, wer aber, wie dieses Senatsmitglied, längere Praxis darin hat, lernt es bald, während der Verhandlung wie ein Klotz zu schlafen.

Diese Art künstlicher Schlaf ist ein wahres Wunder. Nach einer Weile erwacht der Schläfer, nimmt von seiner schützenden Mauer das oberste Gesehbuch, schaut hinein, legt es wieder hin und schläft weiter.

Der Redner verfolgt dieses Wandern der Gesehbücher und spricht um so eindringlicher, um den Senat von der Unhaltbarkeit der Beschlagnahme seiner Broschüre zu überzeugen. Das Wandern der Gesehbücher von einer Hand zur anderen ist ihm ein untrügliches Zeichen, daß sein Fall das größte Interesse erweckt.

Europäische Philosophen

Heraklit (um 500 v. Chr.)

Diese Vernunft, die doch ewig ist, ist den Menschen unfaßlich, sowohl ehe sie davon hören, als auch nachdem sie einmal davon gehört haben. Denn obgleich alles dieser Vernunft gemäß verläuft, scheinen sie doch noch nie einen Versuch mit ihr gemacht zu haben, wenn sie sich an solchen Worten und Werken versuchen wie die Fische, die ich erörtere, indem ich ein jedes nach seiner Natur zerlege und auseinanderlege, wie es sich damit verhält. Die anderen Menschen aber sind sich so wenig bewußt, was sie wachend tun, als sie ein Bewußtsein davon haben, was sie im Schlaf tun.

Denn die meisten Menschen denken nicht nach über solche Dinge, auf die sie alltäglich stoßen, noch verstehen sie, was sie erfahren haben; ihnen selber freilich kommt es so vor. Man darf nicht handeln und reden wie im Schlafe. Alle Menschen haben Teil an der Fähigkeit, sich selbst zu erkennen und zu denken.

Ich erforche mich selbst. Eins ist Weisheit: den Geist zu verstehen, der alles durch alles regiert.

Alles ist in Bewegung und nichts bleibt stehen. Man kann nicht zweimal in den gleichen Fluß steigen.

Der Krieg ist der Vater von allem, der König von allem: die einen erweist er als Götter, die andern als Menschen; die einen macht er zu Sklaven, die andern zu Freien.

Man muß wissen, daß der Krieg etwas Allgemeines ist und daß der Streit zu Recht besteht und daß alles durch Streit und Notwendigkeit entsteht.

Unfaßbare Harmonie ist stärker als sichtbare. Der schönste Affe ist häßlich, verglichen mit der Gattung Mensch.

Es ist für die Menschen nicht gut, daß ihnen alles zuviel wird, was sie wollen.

Größerem Tod wird ein größeres Los zuteil.

Für das Geseh soll das Volk kämpfen wie für seine Mauer.

Der Vorsitzende läßt den Kopf sinken und dreht die Daumen unterm Tisch. Er denkt nach, ob er in der Früh beim Zigarettenkauf nicht zu viel bezahlt habe.

Er zieht die Geldbörse aus der Tasche unterm Tisch, zählt nach und bemerkt, daß eine Krone fehlt. Als er wieder den Redner anschaut, erinnert er sich, daß er heute ausnahmsweise zwei Zigaretten mehr genommen hat.

Dann blickt er sich nach den anderen Senatsmitgliedern um. Nur der eine hinter den Gesehbüchern schläft, während die beiden zu seiner rechten Seite gerade am Einschlafen sind. Sie schlafen wie die Hasen mit offenen Augen.

Er hört ein Geräusch im Saal, bringt sich rasch zum Bewußtsein, daß der dort immer noch seine Einwände verteidigt, schaut auf die Uhr und stellt fest, daß er bereits zwei Stunden redet.

Links hinter dem Gerichtsrat ist der Gerichtsschreiber immer noch munter.

Er malt mit dem Bleistift verschiedene Ungeheuer aufs Papier, unterschreibt sich aus Bangeweile und stenographiert aus reiner Bangeweile hier und da einen Satz aus der Rede des begeisterten jungen Mannes mit. „Hoher Gerichtshof, in dem Saal... Die schwebeligen Hände erhoben sich unter Flüchen gegen den Himmel!“ ist doch nichts, was auf die Öffentlichkeit aufreizend wirken könnte. . . .

Bumm! Knall! Das vierte Senatsmitglied ist vom Sessel gefallen.

Ohne die Geistesgegenwart zu verlieren, hebt er ein Stück Papier auf und sagt laut: „Schau, schau, da wäre uns fast ein Akt entschüpft.“

Der durch das Rollen aufgeschreckte Redner sieht ihn an, blickt ihm nun gerade ins Gesicht und spricht wieder wie mit Engelszungen. Der dem Schlaf Entziffene schaut ihn starr an, setzt sich hin, während der Vorsitzende die Mauer vor sich aufschichtet.

Zum Schlafen ist es aber bereits zu spät. Der Redner endet mit der Bitte, der hohe Senat möge seine begründeten Einwände berücksichtigen und die Beschlagnahme aufheben.

Die Mitglieder des Senats nehmen ihre Barett vom Tisch, und der Vorsitzende erklärt feierlich: „Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück.“

Sie gehen in das Beratungszimmer und schließen hinter sich die Tür. Zuerst der Vorsitzende, hinter ihm die Senatsmitglieder.

Mitten im Zimmer steht ein großer, grüner Tisch. Der Gerichtsschreiber geht als Letzter. Ernst und schweigend umschreiten sie den Tisch, der Vorsitzende greift nach der Klink zum Gerichtssaal, befinnt sich aber und sagt: „Noch einmal herum!“

Wieder gehen sie um den Tisch herum, öffnen die Tür und schreiten in den Saal. Hoffnungsvoll blickt ihnen der Begeisterte entgegen, als sie die Barett aufsetzen. „Stehen Sie auf!“ ruft der Aufseher zu ihm.

Und der Vorsitzende des Senats liest vom letzten Blatt: „Am Namen der Republik hat der Pressenat als Berufungsinflanz nach der Beratung beschlossen, den hier vorgebrachten Einwänden nicht stattzugeben. Die Beschlagnahme wird hiemit vollständig bestätigt. Die Begründung wird schriftlich bekanntgegeben.“

(Autorisierte Übersetzung von Julius Rodsch)

